



Deutscher Bundestag

Enquete-Kommission „Aufarbeitung der
Corona-Pandemie und Lehren für
zukünftige pandemische Ereignisse“

Wortprotokoll der 4. Sitzung

**Enquete-Kommission „Aufarbeitung der Corona-
Pandemie und Lehren für zukünftige pandemische
Ereignisse“**

Berlin, den 22. September 2025, 14:00 Uhr
Paul-Löbe-Haus, E. 200

Vorsitz: Franziska Hoppermann, MdB

Tagesordnung – Öffentliche Anhörung

Einzigster Tagesordnungspunkt

Seite 4

**„Fachgespräch
mit Vertreterinnen und Vertretern der Landtage“**



Mitglieder des Ausschusses

Fraktion	Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
CDU/CSU	Hoppermann, Franziska Müller, Axel Rohwer, Lars Wittmann, Mechthilde	Grasse, Adrian Müller, Carsten
AfD	Baum, Christina, Dr. Weiss, Claudia Ziegler, Kay-Uwe	Bessin, Birgit Lamely, Pierre
SPD	Peick, Jens Rinkert, Daniel Seitzl, Lina, Dr.	
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Gumnior, Lena, Dr. Piechotta, Paula, Dr. med.	
Die Linke	Gürpinar, Ates	

Anwesende Sachverständigenmitglieder des Ausschusses

Homburg, Prof. Dr. Stefan
Kießling, Prof. Dr. Andrea
Kluge, Prof. Dr. med. Stefan
Kubbe, Carolin
Lausen, Tom (hybrid)
Müller, Michael (hybrid)
Rosenbrock, Prof. Dr. Rolf
Rothe, Isabel
Schmidt, Prof. Dr. Dr. h.c. Christoph M.
Weidner, Prof. Dr. med. Dipl. phys. Christian



Liste der Sachverständigen:

Dr. Hartmut **Beucker**, MdL
Landtag Nordrhein-Westfalen
Vorsitzender – Enquete-Kommission „Krisen- und Notfallmanagement“

Lena Saniye **Güngör**, MdL
Thüringer Landtag
Vorsitzende – Untersuchungsausschuss „Corona-Maßnahmen in Thüringen“

Andreas **Nowak**, MdL
Sächsischer Landtag
Vorsitzender- Untersuchungsausschuss „Untersuchung der Krisenpolitik der Staatsregierung im
Zusammenhang mit SARS-CoV-2 und COVID-19“

Yanki **Pürsün**, MdL
Hessischer Landtag
Vorsitzender – Untersuchungsausschusses „Untersuchung, Aufklärung und Beurteilung der
Landespolitik in Bezug auf den Corona-Virus „SARS-CoV-2“ und die durch dieses Virus
verursachte Erkrankung „COVID-19“ (Corona UA)“

Alexander **Salomon**, MdL
Landtag von Baden-Württemberg
Vorsitzender Enquete-Kommission „Krisenfeste Gesellschaft“



Beginn der Sitzung: 14:32 Uhr

Einzigiger Tagesordnungspunkt

Die **Vorsitzende**, Abg. **Franziska Hoppermann** (CDU/CSU): Einen wunderschönen guten Tag, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Gäste, auch hier im Saal, auf den Tribünen und auch die uns online zugeschaltet sind, liebe Kolleginnen und Kollegen aus den Landesparlamenten, insbesondere hier anwesend und im digitalen Raum, liebe Vertreterinnen und Vertreter der Bundesregierung und der Landesregierungen. Ich darf Sie ganz herzlich begrüßen zur ersten öffentlichen Anhörung der Enquete-Kommission. Das bedeutet, wir beginnen jetzt mit der fachlichen, inhaltlichen Arbeit und darauf freuen wir uns alle sehr. Wir haben heute besondere Gäste, nämlich die Vorsitzenden verschiedener Sondergremien der Landtage, die sich mit dem Thema Corona-Pandemie beschäftigt haben, beziehungsweise noch beschäftigen. Das Thema ist daher „Aufarbeitung der Corona-Pandemie durch die Landtage“. Wir finden als Enquete-Kommission, dass der Austausch mit den Ländern sehr notwendig ist und auch ein gutes Fundament für uns als Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages für unsere Arbeit. Für uns ist wichtig, dass wir von den Ländern ihre Erfahrungswerte mitbekommen und Sie sie mit uns teilen und wir sind sehr dankbar für Ihre Hinweise, für Ihre Erfahrungen und für Ihre Tipps als Landtagsvertreterinnen und -vertreter. Wir haben eine hybride Sitzung heute, weil viele Landtagsvertreter online dabei sind. Ich darf daher begrüßen im digitalen Raum

- Alexander Salomon von den Grünen, Vorsitzender der Enquete-Kommission „Krisenfeste Gesellschaft“ aus Baden-Württemberg,
- Yanki Pürsün von der FDP, Vorsitzender des Untersuchungsausschusses „Aufklärung und Beurteilung der Landespolitik in Bezug auf den Coronavirus SARS-CoV-2 und die durch dieses Virus verursachte Erkrankung COVID-19“ aus Hessen,
- Dr. Hartmut Beucker, AfD, Vorsitzender der Enquete-Kommission „Krisen- und Notfallmanagement“ aus Nordrhein-Westfalen,

- Lena Saniye-Güngör, Die Linke, Vorsitzende des Untersuchungsausschusses „Corona-Maßnahmen in Thüringen“.

Hier bei uns präsent im Sitzungssaal:

- Andreas Nowak, CDU, Vorsitzender des Untersuchungsausschusses „Untersuchung der Krisenpolitik der Staatsregierung im Zusammenhang mit SARS-CoV-2 und COVID-19“ aus Sachsen und
- Sina Schönbrunn, SPD, Vorsitzende der Enquete-Kommission zu „Lehren aus der Corona-Pandemie, zur Analyse und Aufarbeitung staatlicher Maßnahmen sowie zur Stärkung der Krisenresilienz des Landes Brandenburg“.

Vielen Dank, dass Sie sich alle die Zeit nehmen und heute digital und physisch bei uns sind und Ihre Erkenntnisse mit uns teilen. Ich würde gerne das heutige Verfahren einmal erklären. Wie in den Anhörungen der anderen Fachausschüsse des Deutschen Bundestages auch, hat jeder Gast die Gelegenheit für ein fünfminütiges Eingangsstatement. Sie sehen auf dem Bildschirm hier im Saal, aber auch natürlich online, eine Uhr, die runterläuft. Danach haben wir nach Verfahrensordnung zehn Fragerunden vorgesehen. Wir haben allerdings vorhin schon besprochen, dass die Fraktionen heute – weil wir eine besondere Sitzungswoche haben, nämlich Haushaltswoche – heute noch Fraktionssitzungen haben, dass wir um 16:45 Uhr etwa fertig sein müssen mit unserer Sitzung, sodass ich Ihnen vorschlagen würde, dass wir mal gucken, wie weit wir kommen – vier Fragerunden werden wir wahrscheinlich schaffen – und dass wir danach die Sitzung beenden. Für jede Frage und Antwort, als Block, stehen insgesamt fünf Minuten zur Verfügung. Bitte beachten Sie, dass Sie bei Ihrer Frage jeweils auch noch Gelegenheit innerhalb dieser Redezeit für die Antwort sozusagen freilassen. Ich sage noch mal, wie das Fragerecht funktioniert. Die Reihenfolge der Fraktionen: CDU/CSU, AfD, SPD, Grüne, Linke. In der dritten und vierten Runde: CDU/CSU, AfD, SPD, Grüne. Und die Runden danach wären: CDU/CSU, AfD, SPD. Die Fragerunden sind so aufgeteilt, dass jedes Kommissionsmitglied auch mit fünf Minuten Fragezeit berücksichtigt werden kann. Wie gesagt, mit der Einschränkung heute nach hinten. Deswegen ist es auch nett, wenn Sie sich als Gäste



in Ihren Ausführungen so fassen, dass wir möglichst viele Fragen und Antworten in diesen fünf Minuten schaffen. Die aufgerufenen Landtagsvertreter, die online teilnehmen, sollten bitte ihre Mikrofone grundsätzlich ausschalten und vor der Beantwortung der Fragen daran denken, das Mikrofon wieder einzusetzen. Und sollten wir zum Ende der Redezeit kommen, werde ich Sie freundlich, höflich darauf hinweisen. Sollte Ihre Aussagegenehmigung nur eine Aussage in nichtöffentlicher Sitzung zulassen, so bitte ich Sie, die Antwort dann so zu fassen, dass sie auch in einer öffentlichen Sitzung erfolgen kann. Und noch mal für alle der Hinweis, diese Sitzung wird live im Parlamentsfernsehen übertragen und danach in der Mediathek des Bundestages zur Verfügung gestellt. Außerdem erstellen wir von der Sitzung ein Wortprotokoll. Und für die Besucherinnen und Besucher auf der Tribüne, für Sie gilt: Oben auf der Tribüne sind grundsätzlich keine Filme und Tonaufnahmen gestattet, Essen und Trinken ebenso nicht, Beifallsbekundung und Zwischenrufe auch nicht. Das gilt wie im restlichen Geschehen des Deutschen Bundestages. So, dann können wir jetzt anfangen und wir beginnen mit den Eingangsstatements, wozu ich unsere Gäste in alphabetischer Reihenfolge aufrufe. Deshalb ist der erste Dr. Hartmut Beucker aus Nordrhein-Westfalen. Wir freuen uns auf Sie, Sie haben das Wort.

Dr. Hartmut Beucker (Vorsitzender EK „Krisen- und Notfallmanagement“, Landtag NRW): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Im Interesse des Fortgangs der Sitzung verzichte ich auf ein Eingangsstatement. Vielen Dank.

Die **Vorsitzende**: Okay, dann kämen wir zur nächsten. Das ist Lena Saniye Güngör aus Thüringen.

Lena Saniye Güngör (Vorsitzende UA „Corona-Maßnahmen in Thüringen“, Landtag Thüringen): Sehr geehrte Frau Vorsitzende Hoppermann, sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Gäste. Ich hoffe, ich bin vom Ton her gut zu verstehen und würde zunächst zwei organisatorische Hinweise geben. Einmal, die Meldung der Einladung lag mir erst zum 10. September 2025 vor, das heißt leider keine zwei Wochen vor Termin, sodass ich mit Blick auf Mandat und Care-Arbeit nicht die Möglichkeit hatte, heute live bei Ihnen zu erscheinen. Da bitte ich um Nachsicht. Und

vielleicht noch einen zweiten Hinweis, weil ich das natürlich selbst in der Rolle als Vorsitzende kenne: Man macht sich leider ganz oft nicht die besten Freundinnen und Freunde, wenn man beim Zeitplan bleibt. Aber wir haben immer die Logik, dass man den nichtöffentlichen Teil noch mal unterbricht und hinten ran setzt, um möglichst pünktlich mit Vernehmungen zu starten. Ich habe durchaus die Erfahrung gemacht, dass das einen relevanten Unterschied macht, wie viel Zeit natürlich auch Zeuginnen und Zeugen beziehungsweise Sachverständigen zur Verfügung gestellt wird. Ich werde mit aller Kürze einmal benennen, dass wir in Thüringen einen Untersuchungsausschuss 8/1 mit Beschluss des Landtags vom 31. Januar 2025 haben. Dieser Beschluss ist zu Beginn unserer aktuellen Legislaturperiode erfolgt. Wir haben bisher den Arbeitsplan in der Drucksache UA 8/1/32 entschieden sowie als erste öffentliche Anhörung am 19. August 2025 die Grundlagen der COVID-19-Pandemie behandelt. Da ging es insbesondere um Verlauf und Folgen der Erkrankung sowie epidemiologische Grundlagen. Und ich weise darauf hin, dass wir in Thüringen, ich denke, durchaus auch noch mal die interessante Situation haben, dass wir ja auch auf Antrag von uns als Linke eine Enquete-Kommission zum Thema haben mit dem Beschluss 8/650 vom 6. März 2025, also versuchen mit den verschiedenen parlamentarischen Mitteln, die uns zur Verfügung stehen, Lehren aus der Pandemie zu ziehen. Und im Sinne der Zeiteffizienz belasse ich das als Eingangsstatement und freue mich gleich über Ihre Fragen. Vielen Dank.

Die **Vorsitzende**: Vielen herzlichen Dank nach Thüringen. Dann kommen wir zu Andreas Nowak aus Sachsen.

Andreas Nowak (Vorsitzender UA „Untersuchung der Krisenpolitik der Staatsregierung im Zusammenhang mit SARS-CoV-2 und COVID-19“, Landtag Sachsen): Vielen Dank, Frau Vorsitzende, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte externe Experten. Auch Sachsen hat zwei Gremien, nämlich den Untersuchungsausschuss Corona, der in voller Schönheit heißt „Untersuchung der Krisenpolitik der sächsischen Staatsregierung in Zusammenhang mit dem Coronavirus SARS-CoV-2 und der Erkrankung COVID-19 für den Zeitraum von 2019 bis zu dem Tag, an dem der



Einsetzungsbeschluss gefasst wird“. Und ein zweites Gremium ist auch bei uns eine Enquete-Kommission. Der Untersuchungsausschuss wurde von der Einsetzungsminderheit der AfD-Fraktion in Gang gebracht, die über die nötigen Stimmen verfügt, um einen Untersuchungsausschuss selbstständig zum Start zu bringen. Die Corona-Enquete ist ein Antrag gewesen, den die aktuelle Minderheitenkoalition aus CDU und SPD auf den Weg gebracht hat. Es gab einen ähnlichen Antrag für einen Untersuchungsausschuss seitens der BSW-Fraktion, der allerdings keine Mehrheit im Sächsischen Landtag gefunden hat. Die Mehrheitsverhältnisse muss ich kurz erklären. Wir haben also im Parlament eine Minderheitsregierung, die zehn Stimmen zu wenig hat. Das leuchtet dann natürlich auch die entsprechenden Mehrheitsverhältnisse im Ausschuss aus. Wir haben dort 18 Mitglieder, davon kommen sieben von der CDU und einer von der SPD. Zusammen mit einmal BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist damit die Hälfte des Ausschusses die Koalition, die während der Corona-Zeit die Verantwortung getragen hat. Und seitens der AfD gibt es sechs Vertreter, zweimal BSW und einmal die Fraktion Die Linke. Der von der Einsetzungsminderheit benannte Ausschussgegenstand hat ein Aufgabenfeld von ungefähr 15 Punkten. Er besteht aus elf Themenkomplexen mit 92 Einzelfragen. Daran sehen Sie schon, dass das ein sehr umfangreicher Untersuchungsauftrag ist. Wir haben uns konstituiert am 15. Januar 2025, seitdem gab es fünf Sitzungen. Die sechste wird diese Woche noch stattfinden. Bisher ist die Beweisaufnahme durch die Einsetzungsminderheit auch nicht komplett geclustert worden. Wir sind derzeit voll in den Sachverständigeneinvernahmen. Dort waren bisher vor allem Virologen unsere Gäste. Die Professoren Streeck und Stöhr, Krüger, Kekulé und Christian Drosten. Jener ist zweimal einvernommen worden. Und wir sind auch da noch nicht fertig und werden ihn noch ein drittes Mal hören. Dann war auch der hier im Haus bekannte Datenanalyst Tom Lausen unser Gast. Und diese Woche werden wir die Herren Ulbert und Scholz hören, auch zu weiteren Datenvorgängen. Auf einen Punkt möchte ich noch hinweisen. Wir haben einen sehr umfangreichen Beiziehungsbeschluss, was Akten angeht. Die Staatsregierung hat dort zum Zusammentragen

ungefähr 1 000 Mitarbeiter der Verwaltung beschäftigen müssen. Und es ist abgeschätzt worden, dass es sich um wahrscheinlich eine Million Schriftstücke handeln wird, die in dem Aktenbestand uns vorgelegt werden. Besondere Problematik dabei ist, dass wir die eAkte haben in Sachsen. Die können Sie nicht einfach so ausdrucken, weil dann die Kontextualisierung nicht mitkommt. Allerdings gibt es da dann das Thema, dass wir im Untersuchungsausschuss die Sphäre des Ausschusses berücksichtigen müssen. Das heißt, die Staatsregierung darf an den Akten dann nichts mehr verändern können. Das war früher bei der Papierakte sehr einfach. Und jetzt hatten wir die Situation, dass diese eAkte eben erstmal für den Ausschuss bereit werden musste. Es gibt in allen anderen Landesparlamenten und im Bundestag kein Beispiel dafür. Das heißt, in Sachsen haben wir jetzt über Monate mit dem entsprechenden Verwaltungsdienstleister dort ein System entwickelt, wie wir die Akten datenschutzgerecht und auch IT-sicher in die Sphäre des Ausschusses bekommen. Es geht jetzt los, dass wir die auswerten können. Wir haben ein sehr hohes öffentliches und Medieninteresse, deswegen tagen wir in der Regel im Plenarsaal und nicht im Ausschusssitzungssaal, weil dort die Sicherheits- und Zugangsregeln besser gewährleistet werden können. Ja, und den Rest, da freue ich mich dann auf weitere Fragen. Vielen Dank.

Die **Vorsitzende**: Vielen herzlichen Dank. Dann kommen wir zu Yanki Pürsün aus Hessen.

Yanki Pürsün (Vorsitzender UA „Aufklärung und Beurteilung der Landespolitik in Bezug auf den Corona-Virus ‚SARS-CoV-2‘ und die durch dieses Virus verursachte Erkrankung ‚COVID-19‘“, Landtag Hessen): Frau Vorsitzende, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete, ich freue mich über die Gelegenheit, die Arbeit des Untersuchungsausschusses 21/1 des Hessischen Landtages als dessen Vorsitzender vorzustellen und bedanke mich für die Einladung. Der Untersuchungsausschuss 21/1 des Hessischen Landtages hat den Auftrag der Untersuchung, „Aufklärung und Beurteilung der Landespolitik in Bezug auf den Corona-Virus ‚SARS-CoV-2‘ und die durch dieses Virus verursachte Erkrankung ‚COVID-19‘“. Sie werden der Presse sicherlich entnommen haben, dass es sich dabei nicht um den



ursprünglich von der AfD-Fraktion und einem fraktionslosen Abgeordneten gestellten Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses handelt. Dieser beinhaltete insgesamt 43 Fragen. Wegen verfassungsrechtlicher Bedenken und nach Einholung fundierter juristischer Expertise wurde der Katalog auf sieben nach Ansicht der übrigen Fraktionen verfassungskonforme Fragen reduziert, die nach Abtrennung für sich gesehen einen Sinn ergeben. Damit betrat der Hessische Landtag juristisches Neuland, um das Recht der Minderheit auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zu wahren. Diesen Maßgabebeschluss vom 18. Juni 2024 verabschiedete das Plenum in seiner Sitzung am 20. Juni 2024. Dagegen, wie auch gegen die Zusammensetzung des Untersuchungsausschusses, hat sich die AfD-Fraktion, einschließlich inzwischen zweier fraktionsloser Abgeordneter, im Wege einer Klage an den Hessischen Staatsgerichtshof gewandt. Dessen richtungsweisende Entscheidung wird für den 22. Oktober 2025 erwartet. Den Maßgabebeschluss trage ich nicht vor, es sind die sieben Punkte, auf die sich die anderen Fraktionen geeinigt haben. Der Untersuchungsausschuss 21/1 hat sich unter der Leitung der Präsidentin des Hessischen Landtages, Frau Astrid Wallmann, am 10. Juli 2024 konstituiert. Ihm gehören 16 Mitglieder an, sechs von der CDU, drei von der AfD, drei von der SPD, drei von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, eines von den Freien Demokraten. Bislang fanden vier nichtöffentliche Sitzungen statt, die letzte am 24. April 2025. Es wurden Beweisanträge eingebracht und in Teilen beschlossen. Dies betrifft zum einen die Beiziehung von Akten. Ab deren Eingang, der noch aussteht, soll für den Untersuchungsausschuss ein Ablaufzeitplan erstellt werden. Weiterhin wurden in einer nichtöffentlichen Sitzung am 24. April 2025 Beweisanträge zu der Anhörung von Sachverständigen beschlossen. Benannt von den Fraktionen von CDU und SPD wurden Prof. Streeck, Prof. Kekulé, Prof. Drost, Prof. Schröder, Prof. Meier-Hermann, Prof. Brinkmann, Prof. Zizek, Prof. Kießling, Prof. Schmidt-Chanasit. Benannt von der Fraktion der AfD sowie zweier fraktionsloser Abgeordneter wurden Prof. Stöhr, Prof. Antes, Prof. Steger, Tom Lausen, Prof. Scheller. Auch wurde bereits eine Berichterstatterin aus den Reihen der Ausschussmitglieder, Frau Stefanie Klee, CDU,

bestimmt. Der Vollständigkeit halber möchte ich noch kurz erwähnen, dass parallel dem Hauptausschuss des Hessischen Landtages der Auftrag zur Anhörung unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen sowie von Experten erteilt worden ist, unter der Aufgabenstellung „Gemeinsam für die Zukunft aufstellen: Parlament und Landesregierung starten Dialog- und Maßnahmenprozess für mehr Resilienz und Sicherheit“. In diesem Rahmen sollen festgelegte Fokusgruppen, beispielsweise aus den Wirkungsgruppen der Jugendlichen und Senioren, interviewt werden und später im Ausschuss zu Wort kommen, sowie Experten unter anderem aus den Gebieten der Epidemiologie, Aerosolforschung, Virologie, Soziologie, Wirtschafts- und Politikwissenschaften angehört werden. Bislang ist ein Unternehmen zur Durchführung der Fokusgruppeninterviews in einem Ausschreibungsverfahren ausgewählt worden. Mein Statement möchte ich abschließen mit der Beantwortung der in der E-Mail Ihres Sekretariats aufgeworfenen Frage, was ich der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages als Vorsitzender des Untersuchungsausschusses für ihre Arbeit mit auf den Weg geben möchte. Ich wünsche mir, dass die Enquete des Deutschen Bundestages die anlässlich der Corona-Pandemie getroffenen Entscheidungen und ihre gesellschaftlichen Auswirkungen umfassend konstruktiv wie auch selbstkritisch beleuchtet und aufarbeitet. Dies sollte in Ergänzung zu und in Abstimmung mit den von den Landesparlamenten eingerichteten Kontrollgremien geschehen, damit auf beiden Ebenen, Bund und Länder, eine entsprechende jeweilige Kompetenzverteilung, umfassende Aufklärung und Aufarbeitung erfolgen kann mit dem Ziel einer besseren Vorbereitung der Entscheidungsträger und einer größeren Akzeptanz für zu treffende Maßnahmen innerhalb der Bevölkerung für den Fall einer neuerlichen Pandemie oder eines vergleichbaren Szenarios. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit. Für Fragen stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank für die Punktlandung. Dann kommen wir zu Alexander Salomon nach Baden-Württemberg.

Alexander Salomon (Vorsitzender Enquete-Kommission „Krisenfeste Gesellschaft“, Landtag Baden-Württemberg): Vielen Dank, sehr geehrte



Frau Vorsitzende Hoppermann, sehr geehrte Mitglieder der Enquete-Kommission, meine sehr geehrten, lieben Kolleginnen und Kollegen im Bundestag. Als Vorsitzender der Enquete-Kommission „Krisenfeste Gesellschaft“ hier im Landtag von Baden-Württemberg freut es mich sehr, dass ich heute unsere Ergebnisse vorstellen darf. Ich darf auch die Grüße der Kommissionsmitglieder überreichen und Ihnen bereits jetzt in der ersten Sitzung Mut zusprechen. Wir haben eine Besonderheit in Baden-Württemberg: einen abgeschlossenen Ausschuss und auch eine Enquete-Kommission. Ich habe auch gerade gehört von meinen Kolleginnen und Kollegen, die haben Untersuchungsausschüsse in der Mehrzahl. Also auch da sieht man mal, welche breite Vielfalt in dem Bereich auch in Deutschland angetreten worden ist. Kern unserer Arbeit war dabei nicht eine isolierte Analyse der Corona-Pandemie, sondern eine vorausschauende Betrachtung als Ausgangspunkt für eine breite Resilienz gegen vielfältige Krisen wie Klimawandel, Kriege oder auch die Cyberbedrohung. Ich darf da auch anfügen, unsere Enquete-Kommission wurde kurz vor dem Angriffskrieg Russlands in der Ukraine eingesetzt, entworfen. Von daher konnten wir diesen Punkt noch nicht in der gebührenden Vielfalt berücksichtigen innerhalb der Ausschussarbeit, aber auch das wäre sicherlich ein Punkt gewesen, der für unsere Enquete-Kommission spannend gewesen wäre. Kurzer Rückblick, den ich nicht zu lang machen will. Wir haben 136 Expertinnen und Experten unter anderem aus Verwaltung, Wissenschaft, Kultur, Kliniken, Unternehmen, Gewerkschaften angehört, 75 schriftliche, auch Stellungnahmen verschiedenster Verbände und Institutionen berücksichtigt, ein Bürgerforum eingerichtet – das lege ich Ihnen ganz besonders ans Herz, diese Form der Beteiligung – und die Kinder- und Jugendbeteiligung haben wir auch aktiv gefördert. Daraus, das können Sie nachlesen, haben wir 84 Handlungsempfehlungen entworfen in vier Handlungsfeldern, nämlich vom Gesundheitswesen, um das es ja hauptsächlich geht, über staatliche Krisenvorsorge bis hin zu gesellschaftlichen Strukturen und der Wirtschaft. Das hat für uns als Leitlinie in vielen Bereichen gegolten, weil wir sehr vernetzt gedacht haben. Obwohl wir jeweils Handlungsfelder gemacht haben, ist alles miteinander doch durchdacht

gewesen, auch im Abschlussbericht. Beispielhaft möchte ich Ihnen jetzt einen Ausschnitt aus unserer Arbeit kurz vorstellen – auch in der gebührenden Kürze –, beginnend mit dem Thema Gesundheit. So empfehlen wir im Gesundheitsbereich, Gesundheit in allen Politikfeldern nach dem Grundsatz „Health in All Policies“ zu integrieren, etwa durch Chancengleichheit und Klimaschutz, um Vulnerabilitäten zu reduzieren. Die Pandemie hat die Defizite relativ klar offenbart und dargestellt. Wir fordern eine Stärkung des öffentlichen Gesundheitsdienstes als Enquete-Kommission, bessere Datenbereitstellung und Datennutzung für Früherkennung und interdisziplinäre Notfall- und Pandemiepläne. Besonders vulnerable Gruppen wie chronisch Kranke oder Pflegebedürftige brauchen gezielte Maßnahmen, um Ungleichheiten nicht noch weiter zu verstärken in diesen Krisensituationen. Ein weiterer Schwerpunkt unserer Arbeit war der Schutz und die Einbindung aller Bevölkerungsgruppen, denn Krisen treffen nicht alle gleich. Das ist Ihnen auch allen bewusst. Kinder, Jugendliche, Frauen und gerade die, die Sorgeverantwortung tragen, Menschen mit Behinderung, Migrantinnen und Migranten oder einkommensschwache Gruppen leiden oft stärker unter Ungleichheiten und diese verstärken sich bei diesen Gruppen – das haben wir gerade unter Corona zuletzt gesehen – noch mal intensiv. Ein wesentlicher Punkt ist es, den gesellschaftlichen Zusammenhalt durch soziale Infrastruktur zu stärken – das haben wir herausgearbeitet und zu fördern – und spezielle Vorkehrungen wie Schutzmechanismen und bessere Teilhabe auch dann in diesem Rahmen zu stärken. Damit auch das Thema – und das finde ich besonders wichtig an dieser Stelle – soziale Isolation und Vereinsamung dann nicht noch weiter in unsere Gesellschaft einwirkt, sondern dass man auch eine Maßnahme hat, um dem entgegenzuwirken. Das würde ich Ihnen besonders ans Herz legen, weil es von vielen Sachverständigen bei uns in Baden-Württemberg ein wesentliches Thema war, was immer wieder vorgebracht worden ist. Dazu gehören auch Bildungs- und Betreuungseinrichtungen, die krisenfest abgesichert sein müssen, um Lernverluste wie in der Pandemie zu vermeiden. Bürgerschaftliches Engagement und familienfreundliche Politik fördern Resilienz von der Basis her und sollten



daher in Krisenkonzepte strukturell eingebunden werden. Das als kurzer Einblick in unsere Arbeit und aufbauend auf Ihrem sehr guten Einsetzungsauftrag. Da darf ich Sie noch mal beglückwünschen an dieser Stelle, den fand ich sehr gut. Ich habe mich teilweise erinnert gefühlt an unseren Einsetzungsauftrag in Baden-Württemberg. Da möchte ich auch noch mal ermutigen, den Blick ebenfalls vor allem nach vorne zu richten und die Länder in Ihre Arbeit aktiv einzubinden. Denn eine Krise achtet nicht auf Zuständigkeit und Grenzen, es ist eine Binse, aber gerade im politischen Geschäft, wissen Sie auch, muss man das immer wieder beachten. Deswegen ist es wichtig, dass wir da weiterdenken, denn gleichwohl stärkt eine lokale Resilienz nämlich das gesamte System, das Ganze, was wir dann auch in jeweils in Deutschland und in den Ländern dann auch bewerkstelligen müssen. So ist Föderalismus im Sinne der Subsidiarität eine Stärke, allerdings vor allem dann, wenn er koordiniert und abgestimmt vorgeht. Das gilt insbesondere bei grenzüberschreitender Kooperation oder der Integration der Ländererfahrung in Plänen wie dem EU-Zivilschutz-Mechanismus. In der Zusammenarbeit zwischen Bund und den Ländern in Krisenlagen müssen politische Entscheidungsprozesse und Kommunikation transparent sein. Informationen sollten klar, verständlich und konsistent bereitgestellt werden. Der entscheidende Faktor in der Krise ist Vertrauen. Ich bin auch gleich am Ende, Frau Vorsitzende, keine Sorge, ich weiß ja selbst, wie das ist. Aber ich habe gedacht, die paar Sekunden nehme ich mir noch, wenn es in Ordnung ist, weil dann habt ihr vielleicht ein paar Faktoren schon vorher abgeräumt von dem Fall. Was nämlich wichtig ist, ist Vertrauen in der Krise. Und dies nicht nur einseitig. Ohne Vertrauen in Maßnahmen und deren Wirkung verlieren Sie den Zuspruch in der Gesellschaft. Wir müssen aber auch Vertrauen in die Eigenverantwortung der Bürgerinnen und Bürger haben und diese in Anspruch nehmen und stärken. Ein Erfolgsfaktor in unserer Arbeit war daher die Einbindung des Bürgerforums, das hatte ich schon erwähnt, und aus der Krise lernen bedeutet, resilienter zu werden durch Vorbereitung, Vernetzung und Vertrauen. Auf einen Nenner gebracht: Krisenfertigkeit bedeutet, den inklusiven Zusammenhalt unserer Gesellschaft zu stärken.

Und abschließend darf ich Sie in der ersten Sitzung auch gerne einladen, mit uns in Baden-Württemberg noch mal in Austausch zu kommen, weil wir eine abgeschlossene Enquete-Kommission haben. Da können wir Sie vielleicht an der einen oder anderen Stelle beraten. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit, ich freue mich auf die Fragen.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank. Dann ist die nächste und letzte Sina Schönbrunn aus Brandenburg hier bei uns im Saal.

Sina Schönbrunn (Vorsitzende Enquete-Kommission „Lehren aus der Coronapandemie zur Analyse und Aufarbeitung staatlicher Maßnahmen sowie zur Stärkung der Krisenresilienz des Landes Brandenburg“, Landtag Brandenburg): Last but not least. Herzlichen Dank, sehr geehrte Frau Vorsitzende, sehr geehrte Kommissionsmitglieder, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen. Herzlichen Dank für die Einladung zur öffentlichen Anhörung. Ich freue mich, Ihnen im Rahmen dieser öffentlichen Anhörung einen Zwischenstand und eine Bewertung aus Sicht der Enquete-Kommission vorzulegen. Unser Auftrag wurde im Beschluss des Landtags vom 23. Januar 2025 formuliert und umfasst fünf Themenkomplexe. Der Beschluss gibt der Kommission den klaren Auftrag, Erfahrungen der Pandemie aufzuarbeiten, um sie für die Zukunft nutzbar zu machen, insbesondere das Gesundheitssystem und die gesellschaftlichen Strukturen krisenfester zu gestalten, Empfehlungen zu erarbeiten, um staatliche Eingriffe in Freiheitsrechte unter dem Verhältnismäßigkeitsprinzip so gering wie möglich zu halten, betroffene Bürgerinnen und Bürger verschiedener Altersgruppen und sozialer Schichten anzuhören und Handlungsempfehlungen zu entwickeln, um künftige Krisen besser zu bewältigen, den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken und bestehende Spaltungen zu überwinden. Ziel ist ein Abschlussbericht mit praxisnahen Lehren für das Land Brandenburg und eventuell auch für die Bundesebene. Seit einem halben Jahr konzentrieren wir uns auf den ersten Themenkomplex. Wir analysieren Strukturen und Kapazitäten des Gesundheitssystems im Land, prüfen den Pandemieplan und gesetzliche Grundlagen und binden die Landesregierung sowie Expertinnen und Experten ein. Bisher haben wir praxisnahe Einblicke in die stationäre sowie



ambulante Versorgung von Kliniken und Pflegeheimen sowie Rettungsdiensten gewonnen. Dabei zeigten sich zentrale Herausforderungen: Eine unzufriedene Datenlage, Koordinationsprobleme zwischen Ebenen und Institutionen, Spannungsfeld zwischen schneller Reaktion und rechtlicher Planungssicherheit, begrenzte Flexibilität bei Personal, insbesondere in der Pflege und bei den Ressourcen. Der Beschluss schafft einen breiten, ambitionierten Rahmen. Neben dem Gesundheitssystem werden auch Freiheitsrechte, gesellschaftliche Folgen und wirtschaftliche Aspekte einbezogen. Positiv ist die interdisziplinäre Beteiligung und der Auftrag, konkrete Gesetzesvorschläge zu entwickeln. Für Bund und Länder gleichermaßen wichtig sind: einheitliche Gesundheitsdaten für schnellere Entscheidungen, eine Pandemiereserve und Notfalllogistik mit klaren Einsatzplänen, die Stärkung von Pflege und Personal als Engpassfaktor, klare Rechtsgrundlagen für verhältnismäßige Maßnahmen und bessere Kommunikation und Beteiligung zur Vertrauenssicherung. Die Enquete-Kommission legt großen Wert auf Transparenz, Partizipation und einen kontinuierlichen Dialog mit der Öffentlichkeit. Daher wurde ein Konzept für die Öffentlichkeitsarbeit entwickelt. Ziel der Öffentlichkeitsarbeit ist es, die Arbeit der Kommission nachvollziehbar zu gestalten. Folgende Konzeptpunkte wurden bisher umgesetzt: Alle ersichtlichen Informationen mit zahlreichen Verlinkungen wurden und werden fortlaufend über eine eigene Unterseite auf der Webseite des Landtages Brandenburg zugänglich gemacht. Ein Besuch lohnt sich. Die Bevölkerung hat die Möglichkeit, über ein Kontaktformular Anliegen und Zuschriften einzureichen. Diese werden an die Kommissionsmitglieder weitergeleitet und in den öffentlichen Sitzungen aufgegriffen sowie ausführlich besprochen. Im Rahmen der Pressearbeit werden auch soziale Medien genutzt. Alle Sitzungen sind öffentlich. Sie werden per Livestream übertragen und anschließend in der Mediathek des Landtages Brandenburg bis zum Ende der Wahlperiode bereitgestellt. Zuletzt wurde ein Flyer veröffentlicht, der über unsere Arbeit informiert und beispielsweise per QR-Code zum Kontaktformular führt. Die Berichte beider Untersuchungsausschüsse zur Thematik Corona-

Pandemie der letzten Wahlperiode sowie die Protokolle nebst zahlreichen Anlagen der Enquete-Kommission sind ebenfalls auf der Webseite des Landtages Brandenburg öffentlich abrufbar. Gemäß Einsetzungsbeschluss sollen Ergebnisse der Enquete-Kommission und Untersuchungsausschüsse anderer Bundesländer und des Bundes Berücksichtigung finden. Ich hoffe daher, dass sich aus der heutigen öffentlichen Anhörung ein Netzwerk entwickelt. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und freue mich auf die heutige Diskussion hier im Bundestag und den Austausch mit den Vertreterinnen und Vertretern der anderen Länder. Danke.

Die **Vorsitzende**: Vielen herzlichen Dank für Ihre ganzen Beiträge. Da merkt man, wie stringent man in den Ländern arbeitet. Es haben fast alle die Zeitvorgabe perfekt eingehalten. Dann kommen wir jetzt zum Gesprächsteil. Wir machen das wie vorhin in der Reihenfolge, wie ich vorgestellt habe, wie wir das in den Verfahrensregeln haben. Und beginnen wird die Unionsfraktion und Frau Wittmann.

Abg. **Mechthilde Wittmann** (CDU/CSU): Vielen herzlichen Dank. Ganz kurz noch auf meine Redezeit angerechnet den Dank an die Experten und Sachverständigen, die sich heute bereit erklären. Wir hören gerade, Sie haben unendlich viel zu tun, auch in Ihren Kommissionen und Ausschüssen. Deswegen ganz herzlichen Dank. Ich darf eines noch, weil wir in öffentlicher Sitzung tagen, voranstellen. Wir befragen hier keine Zeugen und es gibt auch keine entsprechenden juristischen Vorgehensweisen dazu, sondern wir versuchen tatsächlich, wie Sie es auch getan haben – also wir vernehmen auch nicht, sondern Sie haben das in Ihren Erörterungen weitgehend getan –, wir versuchen tatsächlich miteinander zu entwickeln, was wir denn daraus lernen können, damit wir das nächste Mal wirklich gut vorbereitet sind. Und es gibt auch keinen Vorwurf, dass wir das so nicht erahnen konnten. Jetzt meine Frage, Herr Nowak, ich würde Sie, nachdem Sie vor Ort sind, ganz gerne kurz befragen, auch wenn Sie noch mittendrin sind. Was haben Sie denn bisher erkennen können, wie insbesondere auch zwischen Bund und Ländern und unter den Ländern untereinander die Zusammenarbeit war? Können Sie sich Formate vorstellen, wie man die möglichst effizient gestalten kann? Oft erlaubt die Zeit, wie



wir gelernt haben, nicht, dass es längere Prozesse von Einladungsfristen bis sonst irgendwas geben kann, sondern wie kann dieses optimalerweise effizient und dennoch in bestmöglicher und transparenter durchgearbeiteter Art und Weise stattfinden? Und zweiter Teil meiner Frage ist das Vertrauen in die wissenschaftliche Expertise. Haben Sie dazu erste Erkenntnisse gewonnen, wie dieses wiedergewonnen werden kann, ohne die großen Widersprüche, die es teilweise gab, deswegen in Frage zu stellen?

Andreas Nowak (Vorsitzender UA „Untersuchung der Krisenpolitik der Staatsregierung im Zusammenhang mit SARS-CoV-2 und COVID-19“, Landtag Sachsen): Vielen Dank für die Frage. Also ohne, dass ich jetzt in eine vorgezogene Beweiswürdigung, die mir nach unserem Untersuchungsausschussgesetz nicht gestattet wäre, einzutreten, kann man aus den öffentlichen Anhörungen sicherlich sagen, dass es ein spezielles Spannungsfeld ist zwischen dem Bund und den Ländern. Die Länder waren überwiegend am Drücker, wenn es darum ging, die Maßnahmen umzusetzen. Und besprochen wurden sie in einer eher informellen Runde, nämlich in der Ministerpräsidentenkonferenz mit der Bundeskanzlerin. Und ich glaube, wenn man versuchen kann, daraus etwas zu entwickeln, dass man gucken muss, in welchem Umfang man vielleicht über die bisher existierenden Bund-Länder-Beziehungen hinaus einen Rahmen schafft, wie bei Pandemien oder ähnlichen Großschadenslagen dort vielleicht abgestimmter und eben auch gesetzlich normierter vorgegangen werden kann. Das zeichnet sich schon so ein bisschen ab durch die Befragung. Und die zweite Frage zum Thema wissenschaftliche Expertise. Wir sind da auch noch ganz am Anfang und haben überwiegend die Virologen gehört. Dort war aber durchaus schon mehrfach so ein „Fachbruderschaftsdiskurs“ zu spüren. Da kann man, glaube ich, schon sagen, dass sehr unterschiedliche Perspektiven auf die ganze Sache geworfen wurden. Und was uns mehrere einvernommene Sachverständige dort schon auch mitgegeben haben, war, dass Virologen eben Virologen sind und keine Wirtschaftswissenschaftler, keine Erziehungswissenschaftler und keine Datenanalytiker, und dass man bei kommenden Ereignissen gucken muss, dass man die Gewerke –

wenn ich das mal so nennen mag – besser zusammenbringt. Und dass die Wissenschaft natürlich auch Grenzen hat, insbesondere wenn sich eben andere Entwicklungen abzeichnen. Ich will mal die Entwicklung von Delta zu Omikron als Beispiel nennen. Als Omikron um die Ecke kam, wusste niemand so richtig, welche Auswirkungen das dann am Ende hat. Dass es dadurch dann ein Stück weit milder wurde in den Auswirkungen, das war zu bestimmten Zeitpunkten noch nicht zu sehen. Und insofern ist in der öffentlichen Wahrnehmung, in dem, was wir so mitbekommen, die Wissenschaft dann als Kronzeuge für bestimmte Dinge herangeholt worden, die eigentlich auf anderer Sphäre lagen, also in der Politik im Zweifel. Und dort Wissenschaft als Beratung zu begreifen, aber nicht als Entscheider, das müsste bei kommenden Ereignissen, glaube ich, auch stärker in den Fokus gerückt werden. Und auch dafür braucht es Formate. Es gab da durchaus auch mal den Vorschlag, eine Art nationalen Seuchenbeauftragten zu installieren, der eine Art Chefberater der Bundesregierung ist und der Landesregierung. Das fand ich einen interessanten Ansatz.

Abg. **Mechthilde Wittmann** (CDU/CSU): Weil ich noch ein paar Sekunden habe, darf ich Sie noch mal kurz zurückfragen. Können Sie auch zu den wirtschaftlichen Auswirkungen gerade noch ein paar Anmerkungen machen?

Andreas Nowak (Vorsitzender UA „Untersuchung der Krisenpolitik der Staatsregierung im Zusammenhang mit SARS-CoV-2 und COVID-19“, Landtag Sachsen): Leider nicht, weil wir noch keinen einzigen Wirtschaftswissenschaftler gehört haben. Das ist bei uns in der Abarbeitung noch nicht dran.

Abg. **Mechthilde Wittmann** (CDU/CSU): Genauso kurz: Kinder und Jugendliche?

Andreas Nowak (Vorsitzender UA „Untersuchung der Krisenpolitik der Staatsregierung im Zusammenhang mit SARS-CoV-2 und COVID-19“, Landtag Sachsen): Das Gleiche. Aber es ist vom Untersuchungsauftrag natürlich umfasst. Es gibt mehrere Einzelfragen dazu.

Die **Vorsitzende**: Vielen herzlichen Dank. Bevor ich zur AfD-Fraktion komme, ein Hinweis: Draußen ist der Dussmann-Wagen, also der Wagen zur Versorgung. Wer von den Mitgliedern hier im Saal



möchte, kann einfach, während die Sitzung läuft, rausgehen und sich versorgen und wieder reinkommen. Passt doch jetzt zeitlich. Gut, dann kommen wir zur AfD-Fraktion. Wer wünscht das Wort? Frau Weiss.

Abg. **Claudia Weiss** (AfD): Guten Tag. Ich würde gerne die Vertreterin aus Thüringen fragen wollen, Frau Güngör. Frau Güngör, gab es Ihrer Auffassung nach im Frühjahr 2020 einen medizinischen Notstand in Thüringen, der die ergriffenen staatlichen Maßnahmen rechtfertigte? Gerne mit Ja oder Nein antworten.

Lena Saniye Güngör (Vorsitzende UA „Corona-Maßnahmen in Thüringen“, Landtag Thüringen): Danke für die Frage, Frau Abgeordnete. Wie Sie sicherlich selbst wissen, ist das eine Frage, die nicht mit Ja oder Nein, vor allem nicht von mir zu beantworten ist. Ich kann sehr gerne Auskunft geben über die Struktur unseres UAs, auch gerne Auskunft geben über die Struktur der Enquete-Kommission. Wir haben uns so strukturiert und aufgebaut im Untersuchungsausschuss, dass daneben den epidemiologischen...

SV **Prof. Dr. Stefan Homburg**: Entschuldigung, wir haben eine inhaltliche Frage gestellt.

Die **Vorsitzende**: Herr Homburg, Sie haben nicht das Wort. Tut mir leid. Sie darf jetzt antworten und danach hat Frau Weiss die Möglichkeit zur Nachfrage. Es sei denn, sie teilt auf. Fahren Sie gerne fort, Frau Güngör.

Lena Saniye Güngör (Vorsitzende UA „Corona-Maßnahmen in Thüringen“, Landtag Thüringen): Danke, Frau Vorsitzende. Wir haben epidemiologische und rechtliche Grundlagen, nach denen wir nun unsere Zeugenvernehmung machen. Wir sind, das hatte ich eingangs dargestellt, erst zu Beginn des Jahres mit dem Untersuchungsauftrag gestartet, haben also mehrere nichtöffentliche Sitzungen zur Strukturierung des Arbeitsplans benötigt, haben jetzt eine erste Anhörung gemacht...

Abg. **Claudia Weiss** (AfD): Ich würde kurz unterbrechen wollen. Danke schön für die Antwort. Eigentlich hätte mir ein Ja oder Nein gereicht und würde die Frage gerne weiterreichen.

Die **Vorsitzende**: Aber vielleicht lassen wir unsere Gäste einfach trotzdem ihre Sätze zu Ende bringen. Ich finde, das gebietet die Höflichkeit auch an die

Kolleginnen und Kollegen aus den Landtagen. Sie geben Ihre Frage weiter an Prof. Homburg, habe ich richtig verstanden? Dann bitte.

SV **Prof. Dr. Stefan Homburg**: Frau Abgeordnete, wir interessieren uns für Inhalte, die Ihre Kommission hervorgebracht hat. Weil die Bevölkerung sich für die Inhalte interessiert. Niemand interessiert sich dafür, wann sich wer konstituiert hat. Die Leute wollen wissen: Waren diese Maßnahmen eigentlich richtig? Deshalb hat die Abgeordnete Frau Weiss Sie gefragt, ob Ihre Beratungen hervorgebracht haben, dass im Frühjahr 2020 eine Art medizinischer Notstand bestand, der all das gerechtfertigt hat, was man nie in der Geschichte gemacht hat und wofür es anfangs auch keine gesetzliche Grundlage gab. Ist das bei Ihnen besprochen worden oder nicht?

Lena Saniye Güngör (Vorsitzende UA „Corona-Maßnahmen in Thüringen“, Landtag Thüringen): Wichtig ist natürlich bei den Sachverständigen oder Zeug/-innen, die man einlädt, sich genau zu untersuchen: Wozu sind die denn aussagefähig? Ich bin eben nicht Vorsitzende der Enquete-Kommission. Sie fragten gerade danach, ob meine Kommission dazu was sagen kann. Ich bin Vorsitzende des Thüringer Untersuchungsausschusses.

SV **Prof. Dr. Stefan Homburg**: Ja, aber das ist ein formaler Unterschied. Also die Unterschiede zwischen Enquete-Kommissionen und Untersuchungsausschüssen, die interessieren uns nicht. Wir interessieren uns für Inhalte. Sie haben doch jetzt da lange debattiert in Thüringen. Ich komme übrigens demnächst auch zu Ihnen als Sachverständiger. Ich werde mich da Ihren Fragen stellen müssen. Können Sie irgendwas sagen zur Frage, ob im Frühjahr 2020 etwas Gefährliches war? Haben Sie darüber geredet? [...] Ja, klar. Sie dürfen mich natürlich unterbrechen. Das ist klar. Das geht nur in die eine Richtung.

Die **Vorsitzende**: Nur Ihr Mikrofon ist an und nur Sie werden gerade aufgezeichnet.

SV **Prof. Dr. Stefan Homburg**: In Ordnung. Also noch mal die Frage. Wurde bei Ihnen über Inhalte gesprochen? Haben Sie irgendetwas inhaltlich zu sagen zur Frage, ob es im Frühjahr 2020 einen gefährlichen Notstand gab?



Lena Saniye Güngör (Vorsitzende UA „Corona-Maßnahmen in Thüringen“, Landtag Thüringen): Ich finde es spannend, dass Sie die unterschiedlichen Strukturen als uninhaltlich zu diffamieren versuchen. Ein

Untersuchungsausschuss – und ich kann sehr gerne noch mal sagen, was der Einsetzungsbeschluss bei uns beinhaltet – ist nun mal was anderes als die Enquete-Kommission. Und bei uns in Thüringen – ich weiß nicht, ob das bei Ihnen anders ist – sind die auch mit unterschiedlichen Mitgliedern der einzelnen Fraktionen besetzt. Ich kann noch mal sagen, dass es bis jetzt erst eine öffentliche Anhörung des Untersuchungsausschusses gab. Unter anderem wurde da seitens der damaligen wissenschaftlichen Begleitung der Thüringer Landesregierung gesprochen und informiert. Und natürlich haben wir als Abgeordnete diverse Rückfragen dazu gestellt, welche wissenschaftlichen Grundlagen zu welchem Zeitpunkt der Epidemie verfügbar gewesen sind. Wir sind in unserer Behandlung in Thüringen noch nicht so weit, dass ich jetzt für jede einzelne Maßnahme ein Ergebnis des Untersuchungsausschusses benennen könnte. Und ich glaube, in meiner Rolle als Vorsitzende wäre es nur angemessen, wenn ich jetzt nicht auf persönlicher Ebene antworte, sondern versuche, das darzustellen, was der Thüringer Untersuchungsausschuss bisher geleistet hat beziehungsweise auch bisher noch nicht leisten konnte.

Die **Vorsitzende**: Vielen herzlichen Dank. Dann kommen wir zur SPD-Fraktion und Frau Dr. Seitzl.

Abg. **Dr. Lina Seitzl** (SPD): Vielen Dank. Eine Vorbemerkung. Sie sind als Sachverständige freiwillig heute hier zu uns in die Enquete-Kommissionssitzung gekommen. Vielen herzlichen Dank dafür. Und ich glaube, es gebührt dem Respekt, dass wir Sie entsprechend auch respektvoll befragen oder Fragen stellen an Sie. Ich habe eine Frage an Herrn Salomon aus Baden-Württemberg. Sie haben erzählt, dass Sie ein Bürgerforum eingerichtet haben und auch etwas zur Kinder- und Jugendbeteiligung gemacht haben. Vielleicht könnten Sie das noch mal ausführen.

Alexander Salomon (Vorsitzender Enquete-Kommission „Krisenfeste Gesellschaft“, Landtag Baden-Württemberg): Das kann ich sehr gerne machen. Vielen Dank für die Frage. Das

Bürgerforum war eine Idee, die uns gekommen ist, nachdem wir natürlich auch die Instrumentarien... Ein Untersuchungsausschuss oder eine Enquete-Kommission, das war bei uns eine Abwägung, weil es tatsächlich einen Unterschied darstellt. Deswegen noch mal vielen Dank an die Kollegen aus Thüringen, die da auch noch mal drauf gepocht hat, weil es tatsächlich nicht dasselbe ist in dem Bereich. Wir haben uns am Schluss für eine Enquete-Kommission entschieden, weil wir gesagt haben, wir wollen nicht nur sachverständige Personen zusätzlich zwischen den Parlamentarierinnen und Parlamentariern sitzen haben, die Fragen stellen dürfen, sondern wir möchten auch die Bürgerinnen und Bürger aktiv einbinden in unsere Kommissionsarbeit. Und weil wir gesagt haben, das ist auch einigermaßen schwierig. Wir wurden auch beraten von einer Firma, von Nexus, die uns dann auch mit auf den Weg gegeben haben, dass eine gesonderte Kinder- und Jugendbeteiligung sinnvoll sein könnte und sinnvoll ist. Deswegen haben wir das getrennt. Wir haben dann mit dem Prinzip der Zufallsbürgerinnen und -bürger gearbeitet, dass wir in Baden-Württemberg nach bestimmten Kriterien – Größe der Städte, sozialer Hintergrund der Personen – ausgewählt haben. Das ist aber alles hinterlegt in unserem Bericht, kann man auch mal im Detail nachlesen. Aber was wichtig ist für Sie in der Arbeit, was nicht niedergeschrieben worden ist, ist, glaube ich, das, was zwischenmenschlich vor allem passiert ist innerhalb des Bürgerforums: Dass da viele Perspektiven gewechselt worden sind, bis hin zu einer Person, die mir am Schluss gesagt hat: „Ich habe zum ersten Mal mit einer Person gesprochen, die alleinerziehend ist. Das habe ich vorher noch nie in meinem Leben getan. Und ich habe plötzlich Probleme erkannt und gesehen, die ich vorher gar nicht wusste, dass es die gibt.“ Und es hat dazu gewirkt, dass die Person sich gerade im sozialen Bereich engagiert hat. Wir hatten darüber hinaus auch Personen, die sich dann ehrenamtlich oder auch politisch im kommunalen Bereich engagiert haben. Im Endeffekt war das sehr förderlich dafür, dass man eine breitere gesellschaftliche Sicht und auch die politische Arbeit besser versteht. Von daher glaube ich, ist das etwas, was ich durchaus jedem, jeder Kommission, jedem anderen Ausschuss wärmstens ans Herz legen würde, dass man so etwas macht.



Abg. **Dr. Lina Seitzl** (SPD): Vielen Dank dafür. Meine zweite Frage geht an Frau Schönbrunn. Sie haben ebenfalls eine Enquete-Kommission. Wir befassen uns hier auch mit der Frage, wie wir eben nicht nur Vertreterinnen und Vertreter der öffentlichen Hand oder der Wissenschaft hören, sondern eben auch Betroffene zu Wort kommen in unterschiedlichster Art und Weise. Wie geht da die Enquete-Kommission im Land Brandenburg vor? Was haben Sie sich da vorgenommen?

Sina Schönbrunn (Vorsitzende Enquete-Kommission „Lehren aus der Coronapandemie zur Analyse und Aufarbeitung staatlicher Maßnahmen sowie zur Stärkung der Krisenresilienz des Landes Brandenburg“, Landtag Brandenburg): Herzlichen Dank für Ihre Frage. Also es ist ganz wichtig, die Öffentlichkeit zu beteiligen. Ich denke, Betroffene sollen sich mit allen ihren Anliegen aus der Corona-Pandemie an uns wenden können. Und deswegen haben wir eben öffentliche Sitzungen, den Livestream, die Mediathek und dieses Kontaktformular, was wir eingerichtet haben auf unserer Webseite, wird wirklich viel genutzt, um uns zu kontaktieren. Wir haben den regelmäßigen TOP in der Enquete „Wie gehen wir mit Zuschriften um?“. Eingegangene Zuschriften werden immer in der Enquete behandelt. Die Protokolle können natürlich eingesehen werden. Ich verweise hier noch mal auf das Konzept der Öffentlichkeitsarbeit. Also ganz wichtig, glaube ich, alle zu beteiligen, alle mitzunehmen.

Abg. **Dr. Lina Seitzl** (SPD): Dann würde ich die Frage auch gerne noch mal an Herrn Salomon weitergeben. Und zwar nicht so sehr mit Blick auf „Öffentlichkeit bekommt es mit“, Bürgerforen haben Sie ja schon gesagt, sondern auch das Thema Ehrenamtliche in den Fokus zu stellen, Kinder und Jugendliche in den Fokus zu stellen. Wie sind Sie da vorgegangen?

Alexander Salomon (Vorsitzender Enquete-Kommission „Krisenfeste Gesellschaft“, Landtag Baden-Württemberg): Also wir haben es probiert, über die Kinder- und Jugendbeteiligung abzudecken, sind aber schnell auch an eine Grenze gestoßen, dass wir vor allem bestimmte Gruppen nicht erreicht haben. Deswegen haben wir sogenannte Fokusgruppeninterviews gemacht, in denen wir über Mittlerinnen und Mittler gegangen sind, die mit diesen Gruppen zu tun haben. Und die haben für uns stellvertretend dann die

Personen interviewt und befragt, mit denen sie sich auseinandergesetzt haben, und uns die Ergebnisse wiederum vorgestellt. Und so sind wir auch mit der weiteren Kommunikation nach außen vorangegangen. Wir hatten auch verschiedenste Eingaben über Formulare, haben aber auch aktiv Gruppen angefragt. Also wir haben tatsächlich in der Gesamtheit der Enquete-Kommission Listen erstellt im Sinne von „Wen möchten wir denn zu bestimmten Themen anhören?“ und haben diese Gruppen dann explizit angefragt und sind mit denen in den Austausch gegangen.

Die **Vorsitzende**: Vielen herzlichen Dank.

Alexander Salomon (Vorsitzender Enquete-Kommission „Krisenfeste Gesellschaft“, Landtag Baden-Württemberg): Ich muss ja die Zeit einhalten, deswegen höre ich an dieser Stelle auf.

Die **Vorsitzende**: Ja, ja, ja, völlig richtig. Ich hätte jetzt auch, und der Gong und so. Vielen herzlichen Dank. Wir kommen zur Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Paula Piechotta bekommt das Wort.

Abg. **Dr. med. Paula Piechotta** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen herzlichen Dank an die Frau Vorsitzende. Vielen herzlichen Dank auch an alle, die heute uns freiwillig Rede und Antwort stehen. Meine Frage wäre als erstes: Es ist ein bisschen auffällig, dass vor allem die ostdeutschen Landtage sowohl Untersuchungsausschüsse als auch Enqueten haben. Und deswegen jetzt nur stellvertretend, vielleicht erlauben Sie mir auch aus landsmannschaftlichen Gründen da die Frage an Herrn Nowak zu stellen. Haben Sie das Gefühl, dass das Thema Corona zum Beispiel in Sachsen so strittig ist, dass man es allein mit einer Enquete gar nicht friedensstiftend aufarbeiten könnte?

Andreas Nowak (Vorsitzender UA „Untersuchung der Krisenpolitik der Staatsregierung im Zusammenhang mit SARS-CoV-2 und COVID-19“, Landtag Sachsen): Das kommt sehr auf die Perspektive an, glaube ich. Und die Aufteilung bei uns, ich sagte das einleitend schon, liegt vor allem daran, dass es eben im Parlamentsrecht bei uns die Einsetzungsminderheit gibt. Und wenn die erreicht wird, dann ist ein Untersuchungsausschuss einzurichten. Insofern unterscheiden sich die Wege offensichtlich von Opposition und Regierungskoalition in dieser Fragestellung. Ob das in einer Form zusammenzuführen ist, wird die Arbeit zeigen, glaube ich. Weil die Enquete



„Pandemie“, wie sie bei uns heißt, ist zumindest nach meinem Kenntnisstand nicht für die gesamte Legislatur geplant. Nach dem, was ich aber jetzt für den Untersuchungsausschuss, auch was den Umfang angeht, abschätzen kann, wird der sicherlich länger als nur zwei Jahre am Start sein. Also ich habe noch zwei anderen Untersuchungsausschüssen, NSU 2 [Untersuchungsausschuss „Neonazistische Terrornetzwerke in Sachsen“] und AfD-Landesliste [1. Untersuchungsausschuss „Verstrickungen der Staatsregierung in die 'qualifiziert rechtswidrige' Kürzung der AfD-Landesliste“], angehört und beide haben auch die jeweils ganze Legislatur benötigt, obwohl die Fragestellungen dort weit weniger komplex und weit weniger gesamtumfassend waren.

Abg. **Dr. med. Paula Piechotta** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen, vielen herzlichen Dank. Ich würde, um noch mal eine andere ostdeutsche Perspektive hier reinzubringen, auch noch mal die Frage an Frau Güngör stellen, ob Sie das Gefühl haben, dass in der Ergänzung der zwei Punkte hier vielleicht insgesamt auch im Thüringer Landtag eine vollständigere Aufarbeitung möglich ist.

Lena Saniye Güngör (Vorsitzende UA „Corona-Maßnahmen in Thüringen“, Landtag Thüringen): Danke, Frau Abgeordnete. Ich glaube, dass es für Thüringen total relevant gewesen ist, dass wir es geschafft haben, beide Gremien zu haben. Auch in Thüringen ist es so, dass es ein entsprechendes Minderheitsrecht gibt – wie gerade vom Kollegen auch dargestellt worden ist –, einen Untersuchungsausschuss einzusetzen. Wir haben als Linke uns dennoch zusätzlich auch mit den Kolleginnen und Kollegen eingesetzt für eine Enquete-Kommission. Und ich will auch noch mal benennen, was die halt kann, was ein Untersuchungsausschuss nicht kann. Wir haben Schwerpunktsetzungen gemacht. Das ist neben dem Thema Gesundheits- und Haushaltspolitik, insbesondere mit dem Fokus ÖGD [Öffentlicher Gesundheitsdienst], der Themenkomplex Resilienz von Familien, dann im Weiteren der Themenkomplex soziale Ungleichheit und gesellschaftliche Teilhabe, dann politische Entscheidungsfindung, Gewaltenteilung und Föderalismus, ein Thema, was jetzt auch schon bei mehreren Kolleginnen und Kollegen hier angesprochen wurde, sowie der Themenkomplex

Krisenkommunikation und Polarisierung. Wir haben explizit benannt, dass sich die Arbeit der Enquete an diesen Schwerpunktsetzungen orientiert, aber in der Lage ist, ihren eigenen Auftrag zu ergänzen oder zu konkretisieren. Das ist eine Möglichkeit, die ein Untersuchungsausschuss bekanntermaßen nicht hat, weil es eben sehr viel enger um konkrete Fragestellungen gehen muss und gehen soll. Wir haben bei den Fragestellungen, ich mache es jetzt mal kursorisch, von den 15 Seiten 57 Fragen in zehn Untersuchungskomplexen des UAs, 43 Unterfragen, die sich mit dem Handeln der damaligen Landesregierung beschäftigen, nur fünf Unterfragen, die sich auf die Lehren der Pandemie beziehen. Das halte ich auch für angemessen insofern, als dass ein UA eben denkbar ungeeignet ist für Fragestellungen, die de facto Wertvorstellungen auch beinhalten.

Abg. **Dr. med. Paula Piechotta** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank, ich würde noch eine weitere Frage stellen wollen, aber vielen, vielen herzlichen Dank für Ihre Antwort. Noch mal eine Frage an Herrn Salomon. Wir haben jetzt von verschiedenen Bundesländervetretern gehört, was sie jeweils auf Landesebene inklusive der Debatten mit den Virologinnen und Virologen schon diskutiert haben. Was ist aus Ihrer Sicht ein Thema, das tatsächlich nur die Bundesebene suffizient aufarbeiten kann?

Alexander Salomon (Vorsitzender Enquete-Kommission „Krisenfeste Gesellschaft“, Landtag Baden-Württemberg): Wahrscheinlich ein gewisser Ausgleich, der in der Debatte stattgefunden hat. Ich würde sagen, diese Spaltung in der Gesellschaft, ich glaube, da holt man es nicht so weit her. Das ist schon etwas, das haben wir probiert, auch mit einem Bürgerforum anzugehen, aber natürlich ist ein Bundestagsgremium in der Gesamtheit da vielleicht noch mal besser aufgestellt, hat auch eine besondere Aufmerksamkeit, die jetzt nicht unbedingt jedem Untersuchungsausschuss, oder jeder Enquete-Kommission zu Teil wird in den Ländern – was ich sehr bedauere, aber das ist nun mal so. Aber ich glaube, diese Funktion der Beteiligung und auch ein bisschen das Probieren, diese Spaltung zu überwinden, wäre eine sinnvolle Aufgabe, auch wenn die sehr hoch und sehr groß ist. Ich will Ihnen da nicht zu viel aufbürden, aber ich glaube, das wäre etwas total Sinnvolles.



Die **Vorsitzende**: Vielen Dank. Dann kommen wir zur Fraktion Die Linke und Prof. Rosenbrock.

SV Prof. Dr. Rolf Rosenbrock: Vielen Dank, Frau Vorsitzende, und vielen Dank auch an die Vertreterinnen und Vertreter aus den Ländern, dass Sie uns heute Rede und Antwort stehen wollen. Meine Fragen beziehen sich auf das große Feld sozialbedingter Ungleichheit von Gesundheitschancen und der Bewältigung von Gesundheitsproblemen. Meine Frage geht an Herrn Salomon aus Baden-Württemberg und Frau Güngör aus Thüringen. Dass es eine sozialbedingte Ungleichheit gibt – sowohl bei der Wahrscheinlichkeit, sich zu infizieren, bedingt durch Wohnverhältnisse, Arbeitsverhältnisse, Mobilität und Freizeitmöglichkeiten, als auch bei der Krankheit, bei der arme Menschen ungefähr doppelt so schwer betroffen sind von schweren Verläufen und Tod – als auch beim Zugang zu Beratung, Testung, Impfung und Krankenversorgung und schließlich bei den Folgen finanzieller sozialer Benachteiligung. Herr Salomon, ich habe das so verstanden, dass Baden-Württemberg das auch in der Enquete behandelt hat und vielleicht als kleine konzeptionelle Hilfe für uns hier. Wie haben Sie zum Beispiel eben Arme unterteilt? Wir haben ja keine Gruppe, die arm ist, sondern wir haben einen bestimmten Bevölkerungsteil mit geringem Einkommen, der aber sozial sehr unterschiedliche Lebenslagen hat. Und zum Zweiten, was waren Ihre zentralen Befunde und Änderungsvorschläge zum Thema Bewältigung von sozialbedingter Ungleichheit? Und bei Frau Güngör läuft dann die Frage, da Sie in Thüringen noch am Beginn der Arbeit des Untersuchungsausschusses stehen, in welcher Weise das im Rahmen eines Untersuchungsausschusses eingebracht werden kann und welche Probleme und Chancen sich dabei andeuten. Vielen Dank.

Alexander Salomon (Vorsitzender Enquete-Kommission „Krisenfeste Gesellschaft“, Landtag Baden-Württemberg): Ich weiß nicht, ob ich direkt anfangen soll, aber ich war als Erster angesagt, von daher steige ich da direkt ein in dem Fall. Sie hatten gesagt, welche Definitionen wir hatten. Wir sind vor allem, wie gesagt, über den Dienstleister gegangen. Und da war es natürlich die Schwierigkeit, dass sie die Menschen auch dazu kriegen müssen, sich zu offenbaren, wie ist denn

tatsächlich ihr wirtschaftlicher Stand, der soziale Stand, und das ist nicht immer so ganz einfach ist in dem Rahmen. Trotz allem haben wir es vor allem darüber geschafft, ob es irgendwelche Vulnerabilitäten oder mehrere Vulnerabilitäten bei den Personen gibt, zum Beispiel alleinerziehend in dem Fall, ein Pflegebedarf, ein gesundheitlicher Bedarf in dem Bereich. Und ich hatte ja auch gesagt, dass wir vor allem eine Stärkung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes als Kernforderung mit dem Prinzip „Health in All Policies“ als vorausschauendes Instrument haben, weil es vor allem darum geht – natürlich, das hatten Sie auch erwähnt – das Thema Chancengleichheit, die ist nicht gleich verteilt beim Thema Gesundheit und da fängt alles Weitere an. Wenn Sie krank sind, irgendeinen Bedarf haben, dann geht es Ihnen meistens auch wirtschaftlich schlecht, dann haben Sie in der Sozialstruktur eine Benachteiligung, dass Sie weniger Teilhabe haben an der Gesellschaft. Deswegen sind wir da jetzt nicht so explizit drüber gegangen. Ein großes Manko, was wir auch haben: Wie erreichen chronisch kranke und behinderte Personen in diesem Fall? Auch das war etwas, was wir nur in Teilen aufarbeiten können. Aber abschließend noch, das ist vielleicht auch ein Manko bei Ihnen, würde ich mal so sagen, weil das kann ich aus unserer Arbeit sagen. Zwei Jahre gehen schnell rum. Sich darauf zu konzentrieren, was relevant und wichtig ist, ist eine sehr große Aufgabe.

Die **Vorsitzende**: Frau Güngör, mögen Sie gleich anschließen?

Lena Saniye Güngör (Vorsitzende UA „Corona-Maßnahmen in Thüringen“, Landtag Thüringen): Ja, sehr gerne. Wir haben das Thema finanzielle Situation beziehungsweise sozioökonomische Auswirkungen eben leider nicht als Thema des Einsetzungsbeschlusses. Es gibt einen Fragekomplex über negative Folgen der Pandemiebewältigung, der aber eben weniger sozioökonomische Probleme zum Thema macht. Es geht eher um individuelle psychische und physische Folgen sowie um Pflege- und Altenheime. Wir haben im Enquete-Antrag hingegen einen ganzen Themenkomplex gewidmet, den hatte ich vorhin kurz benannt: soziale Ungleichheit und Teilhabe. Wir haben hier die gesundheitlichen Risiken oder danach gefragt, wie



die korrelieren mit geringerem Einkommen, mit prekären Beschäftigungssituationen und/oder Erwerbslosigkeit, mit chronischer Krankheit, hohem Alter und oder Pflegebedürftigkeit, mit einem Migrationshintergrund, mit dem Aufenthaltsstatus beziehungsweise der Staatsbürgerschaft, mit dem Geschlecht, mit Wohnungslosigkeit sowie dem Familienstand (Alleinerziehende) sowie kinderreichen Familien und pflegenden Angehörigen. Und ich glaube schon, wenn ich jetzt kursorisch antworten darf, mit Blick auch auf thüringer Besonderheiten: Wir hatten in Thüringen sowohl ein digitales Impfportal als auch die Abgabe von 500 000 FFP2-Masken kostenlos und zwei Millionen OP-Masken kostenlos an Empfangende von Hartz-IV-Leistungen sowie auch an Geflüchtete. Also ich denke, die Gremien – auch wenn, wie gesagt, jetzt noch der Beginn unserer parlamentarischen Aufarbeitungsarbeit ist – werden versuchen, immer wieder die Bezüge zur sozialen Ungleichheit herzustellen und sichtbar zu machen. Denn insbesondere die Enquete-Kommission befasst sich damit, wie auch solche sozialen Ungleichheiten in zukünftigen endemischen oder pandemischen Situationen besser abgefangen werden können.

Die **Vorsitzende**: Vielen herzlichen Dank. Auch eine Punktlandung. Wir gehen zur zweiten Runde über. Dann starten wir die zweite Runde und kommen zur Unionsfraktion. Und der erste ist Prof. Schmidt.

SV Prof. Dr. Dr. h.c. Christoph M. Schmidt: Ganz herzlichen Dank. Das schließt sich sehr gut an das an, was Herr Rosenbrock gerade gefragt hat, mit einer bisschen anderen Betonung. Es geht mir um die Bürgerbeteiligung und ich habe insbesondere Herrn Salomon im Blick. Die Auswahl der beteiligten Bürgerinnen und Bürger ist ja retrospektiv gewesen. Wir wollen in die Zukunft gucken, vorwärtsgewandt überlegen: Wie ist es in künftigen, vielleicht ähnlichen oder vergleichbaren, aber möglicherweise doch etwas anderen Krisen? Eine repräsentative Auswahl, also per Zufall, kann es wohl kaum sein, angesichts der Existenz besonders vulnerabler Gruppen. Gibt es da schon Überlegungen bei Ihnen? Was können Sie uns mitgeben für unsere Arbeit, wie man Vulnerabilität, wie hochdimensional man Vulnerabilität definieren soll – man kann ja in unterschiedlichen Dimensionen vulnerabel sein –,

wie man diese Einstellung am besten durchführt? Und wie man vor allem verhindert, wenn man eine solche Auswahl trifft, dass die schweigende Mehrheit innerhalb einer vulnerablen Gruppe gegenüber einer rhetorisch vielleicht besser geschulten und aktiveren Minderheit nicht ins Hintertreffen gerät? Denn man möchte ein umfassendes und differenziertes Bild gewinnen.

Alexander Salomon (Vorsitzender Enquete-Kommission „Krisenfeste Gesellschaft“, Landtag Baden-Württemberg): Vielen Dank, Herr Prof. Dr. Schmidt, für die Frage noch mal. Ich hatte probiert, schon mal anzudeuten, dass wir auch eine gewisse Herausforderung hatten bei diesem Themenfeld. Gerade bei den Zufallsbürgerinnen und -bürgern, die wir ausgewählt haben, dort auch eine Rückmeldung zu erhalten und auch eine Rückmeldung zu erhalten gegenüber einer öffentlichen Hand, was man vielleicht nicht unbedingt preisgeben möchte. Deswegen hatte ich auch bereits erwähnt, haben wir es so gemacht, wenn wir es nicht dann durch das erste Treffen, durch die ersten Gespräche herausgefunden haben, dass eine Vulnerabilität... Wir haben das anhand dessen gemacht, dass wir gesagt haben, vor allem Kinder, Jugendliche, Frauen mit Sorgeverantwortung, Menschen mit Behinderung, Migrantinnen und Migranten oder auch die einkommensschwachen Gruppen sind besonders betroffen in Krisen. Das können Sie natürlich durchaus noch weiter fächern. Ich hatte aber auch gesagt, man muss sich in einer gewissen Weise auch konzentrieren. Aber was wir dann zusätzlich gemacht haben, ist, das Thema dann noch mal mit unserem Dienstleister, den wir bei der Bürgerbeteiligung dabei hatten und deren Expertise, dass wir noch mal gerade mittlere, also soziale Verbände eingeschaltet haben, die wiederum an diesen Personen dran sind und aus ihrer eigenen Arbeit durchaus Aspekte hineinbringen können für uns, dass wir da noch mal speziell auf die Leute zugegangen sind. Es gab dann Fokusgruppeninterviews, ich habe es genannt, spezielle Gespräche. Man ist vor Ort gegangen, auch in Jugendhäuser und hat probiert, dort den Kontakt aufzubauen. Also über die Mechanismen sind wir gegangen. Das ist nicht absolut repräsentativ, was auch immer das dann heißen soll. Letztendlich, ich kann es Ihnen – auch anhand von der Zahl der Personen, die an der Bürgerfonds teilgenommen haben – sagen, es



waren am Schluss ungefähr 50 Personen, die bis zum Ende dabei geblieben sind über mehrere Monate. Da kriegen Sie nur einen Ausschnitt. Trotz allem, finde ich, ist es eine relevante Tätigkeit. Und natürlich kann ein Bundestag unter Umständen mit besseren Ressourcen und höheren Ausstattungen eventuell noch größer gestalten und dadurch noch eine bessere Repräsentativität herstellen.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank, Prof. Weidner.

SV Prof. Dr. med. Dipl. phys. Christian Weidner: Herzlichen Dank. Meine Frage richtet sich auch an Sie, Herr Salomon. Haben Sie mal die verschiedenen Strategien der Bundesländer bei sich auch miteinander verglichen, die ja in puncto gesetzlicher Grundlage und vieler anderer Erfassungsstrategien ähnlich sind? Also da ist der Vergleich international immer wesentlich schwieriger zu führen und in Baden-Württemberg jetzt – ich habe es mal kurz an den RKI-Zahlen überschlagen – ist jeder 537. Bürger an Corona zu Tode gekommen, während in Thüringen als Schlusslicht jeder 231. zu Tode gekommen ist. Das ist etwa eine doppelt so gute Erfolgsbilanz bei dieser Überflughöhe, die natürlich viel beinhaltet. Aber haben Sie sich dem mal gewidmet? Können Sie da aus Ihrem schon abgeschlossenen Ausschuss berichten?

Alexander Salomon (Vorsitzender Enquete-Kommission „Krisenfeste Gesellschaft“, Landtag Baden-Württemberg): Vielen Dank, Herr Prof. Weidner, für die Frage. Im Detail kann ich es nicht sagen, weil wir als Enquete-Kommission vor allem den Blick nach vorn gerichtet haben. Wir haben auch keine explizite Aufarbeitung gemacht: „Welche Maßnahme war falsch/richtig zu welchem Zeitpunkt in Baden-Württemberg?“ Wir sind da auch drauf eingegangen, aber der Schwerpunkt ging vor allem nach vorne gerichtet, wie man die Strukturen für eine Krise besser gestalten kann. Und es war jetzt gar nicht vergleichend, ob wir jetzt besser oder schlechter gegenüber anderen Bundesländern dastehen. Das war jetzt nicht der Kern unserer Arbeit. Deswegen würde ich mich jetzt auch gerne zurückhalten bei einer Bewertung. Vielleicht können auch andere, die da jetzt noch aktiv drin sind und das bereits untersuchen, besser Auskunft dazu geben. Ich bitte, es zu entschuldigen, dass ich nicht spekulieren möchte.

Die **Vorsitzende**: Sie haben noch 30 Sekunden. Möchten Sie noch mal? Gut. Dann kommen wir zur AfD-Fraktion. Und wenn ich es richtig verstanden habe, fragt Herr Lausen für die AfD-Fraktion. Der ist auch online zugeschaltet.

SV Tom Lausen: Guten Tag noch mal an die Sachverständigen, die Vorsitzenden der Enquete-Kommission. Frau Vorsitzende, ich stelle eine Frage, die an alle geht. Ich würde Sie dann bitten, dass Sie nacheinander die einzelnen Vorsitzenden aufrufen. Herr Salomon hat es gerade schon gesagt, Sie haben es nicht besprochen. Wir sprechen hier nämlich von den Planabweichungen im Pandemieplan. Lockdowns waren dort nicht vorgesehen, trotzdem wurden Schulen, Altenheime und Geschäfte gleich am Anfang geschlossen im März 2020. Für die Lehren der Zukunft ist es entscheidend, ob das willkürlich geschah oder ob man damit einen riesigen Schaden angerichtet hat, über den wohl auch Konsens besteht und ob man daraus lernen muss, in der Zukunft eher restriktiver vorzugehen oder genauso. Das ist aber noch nicht die Frage, sondern die Frage an die Vorsitzenden lautet, jeweils einzeln: Hat Ihr Untersuchungsausschuss oder Ihre Enquete-Kommission in ihrer Arbeit die Frage behandelt, ob im März 2020, vor den ersten Lockdowns, Krankenhaus- und Intensivdaten vorlagen? Also: Welche Menschen lagen im Krankenhaus mit Corona? Wurde dazu eine Folgenabschätzung vorab gemacht, welchen Schaden man anrichten würde und wann die Kapazitäten der Krankenhäuser wohl erreicht würden, wenn man einen solchen Lockdown nicht machen würde? Also es geht nur um die Frage: Haben Sie solche Befragungen gemacht? Und wenn ja, dann bitte die Sachverständigen nennen, mit denen Sie es gemacht haben. Und wenn Nein, sagen Sie einfach, solche Fragen haben wir noch nicht gestellt und werden Sie in Zukunft stellen oder nicht. Vielen Dank.

Die **Vorsitzende**: Also, weil wir das jetzt heute hybrid machen und Sie auch nicht da sind, helfe ich Ihnen sehr gerne. Eigentlich ist das nicht üblich, aber ich mache das sehr gerne und würde dann jetzt Herrn Beucker fragen, ob er darauf antworten möchte.

Dr. Hartmut Beucker (Vorsitzender EK „Krisen- und Notfallmanagement“, Landtag NRW): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Ich bedanke mich auch für



die Frage. Ganz explizit hat das die Enquete-Kommission nicht untersucht. Man kann den Bericht der Enquete-Kommission allerdings aus dem Negativen herauslesen. Und der Bericht sieht vor, dass Daten, zu denen auch solche, wie Herr Lausen sie abgefragt hat, gehören, zukünftig schon im Vorfeld von Ereignissen erhoben werden, sodass...

SV Tom Lausen: Herr Beucker, ich wollte nur wissen, ob Sie es behandelt haben. Das haben Sie eigentlich beantwortet. Vielen Dank.

Die Vorsitzende: Vielleicht lassen wir die Sätze noch zu Ende sprechen. Frau Güngör wäre jetzt aus alphabetischer Reihenfolge die Nächste aus Thüringen.

Lena Saniye Güngör (Vorsitzende UA „Corona-Maßnahmen in Thüringen“, Landtag Thüringen): Noch haben wir solche Fragen nicht behandelt. Sie werden aber Thema des Untersuchungsausschusses sein, insofern, als dass es auch darum gehen wird, ob die COVID-19-bezogenen Maßnahmen ausreichende gesetzliche Basis hatten und inwiefern der Fokus auch auf Umsetzung bundesrechtlicher Vorgaben war. Hier wurde ein Schwerpunkt insbesondere auf die Rolle der MPK [Ministerpräsidentenkonferenz] gelegt, die letztlich keine gesetzliche Struktur oder Grundlage hatte.

SV Tom Lausen: Seien Sie mir nicht böse, Frau Güngör, wir haben so wenig Zeit. Vielleicht geben Sie das Wort an den Nächsten. Vielen Dank.

Lena Saniye Güngör (Vorsitzende UA „Corona-Maßnahmen in Thüringen“, Landtag Thüringen): Ich hatte so verstanden, dass ich meinen Satz ausführen darf, aber wenn das nicht so ist, dann ...

Die Vorsitzende: Das fände ich total nett. Gut. Dann hätten ...

SV Tom Lausen: Ja, ich habe bei Frau Güngör auch gesessen im Untersuchungsausschuss. Da war es andersrum. Da hat letztendlich auch keiner für mich geantwortet.

Die Vorsitzende: Der Unterschied ist nur, es ist ein Untersuchungsausschuss, zumindest im Deutschen Bundestag nach Strafprozessordnung...

SV Tom Lausen: Ja, bitte nehmen Sie den Nächsten, das würde mich sehr freuen.

Die Vorsitzende: Ich kann gerne die zehn Sekunden, die ich jetzt spreche, hinten drauflegen. Aber wir machen keine Zeugenbefragung nach Strafprozessordnung, sondern wir haben Gäste, die freiwillig hier sind. Deswegen ist das vielleicht ein etwas anderes Verfahren. 15 Sekunden kriegen Sie obendrauf. Andreas Nowak aus Sachsen.

Andreas Nowak (Vorsitzender UA „Untersuchung der Krisenpolitik der Staatsregierung im Zusammenhang mit SARS-CoV-2 und COVID-19“, Landtag Sachsen): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Herr Lausen, wir haben ja auch schon Erfahrungen miteinander. Insofern kann ich sagen, wir haben noch keine Zeugenvernehmungen vorgenommen. Insofern gibt es dazu noch keine Erkenntnisse und die Sachverständigen haben im Rahmen ihrer Sachverständigeneinvernahmen unterschiedlich dazu ausgeführt.

Die Vorsitzende: Herr Pürsün aus Hessen.

Yanki Pürsün (Vorsitzender UA „Aufklärung und Beurteilung der Landespolitik in Bezug auf den Corona-Virus ‚SARS-CoV-2‘ und die durch dieses Virus verursachte Erkrankung ‚COVID-19‘“, Landtag Hessen): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Wir haben noch keine Akten der Landesregierung erhalten, auch noch keine Anhörung durchgeführt. Ich will nur darauf hinweisen, dass wir in Hessen auch einen Pandemieplan hatten aus dem Jahr 2007. Da waren Schulschließungen auch als mögliche Konsequenz schon erwähnt. Wir haben nur sieben Aufträge für den Untersuchungsausschuss. Der Staatsgerichtshof wird am 22. Oktober 2025 dann entscheiden über die Klage. Dann wird es eventuell dazukommen oder nicht.

Die Vorsitzende: Herr Salomon.

Alexander Salomon (Vorsitzender Enquete-Kommission „Krisenfeste Gesellschaft“, Landtag Baden-Württemberg): Vielen Dank. Ich hatte bereits ausgeführt, dass wir das Thema in einer anderen Art und Weise besprochen haben. Ich darf Ihnen gerne an dieser Stelle Herrn Prof. Dr. Bürkle von der Universität Freiburg ganz warm ans Herz legen, weil der auch gerade bei diesen ganzen Datengrundlagen, wie wir am Anfang mit der Corona-Pandemie umgegangen sind in Baden-Württemberg, da federführend war, auch für andere Bundesländer im Übrigen.



SV Tom Lausen: Wir haben noch ein paar Sekunden, Herr Salomon, seien Sie mir nicht böse.

Alexander Salomon (Vorsitzender Enquete-Kommission „Krisenfeste Gesellschaft“, Landtag Baden-Württemberg): Ich darf Ihnen einfach nur mal sagen: Wenn Sie auf etwas schauen, schauen Sie auch auf pflegende, ambulant pflegende Personen, nämlich in dem Bereich, denn die haben bestimmte Erkrankungen, Herz etc. pp., da gibt es keine Datenbank, nichts dazu. In der Krisensituation sind die Leute echt aufgeschmissen.

Die **Vorsitzende:** Und Frau Schönbrunn aus Brandenburg.

Sina Schönbrunn (Vorsitzende Enquete-Kommission „Lehren aus der Coronapandemie zur Analyse und Aufarbeitung staatlicher Maßnahmen sowie zur Stärkung der Krisenresilienz des Landes Brandenburg“, Landtag Brandenburg): Kurz und knapp: nein.

Die **Vorsitzende:** Ja, dann hat das doch alles ganz gut gepasst. Dann kommen wir zur SPD-Fraktion und das Wort bekommt Herr Peick.

Abg. **Jens Peick** (SPD): Herzlichen Dank, Frau Vorsitzende. Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Sachverständige. Meine erste Frage geht an Frau Schönbrunn aus Brandenburg. Sie haben gerade in Ihrem Eingangsstatement ausgeführt, dass eine bessere Kommunikation notwendig ist. Da würde uns interessieren, in welche Richtung. Ich nehme an, wahrscheinlich innerhalb derer, die die Entscheidung getroffen haben. Das, was wir schon von Herrn Nowak gehört haben, mit Blick auf MPK, Ministerpräsidentenkonferenz und welche Runden da voll sind, aber auch zu den Bürgerinnen und Bürgern. Und wenn Sie sagen „besser“, wäre einmal die Frage: Welche Probleme haben Sie festgestellt?

Sina Schönbrunn (Vorsitzende Enquete-Kommission „Lehren aus der Coronapandemie zur Analyse und Aufarbeitung staatlicher Maßnahmen sowie zur Stärkung der Krisenresilienz des Landes Brandenburg“, Landtag Brandenburg): Herzlichen Dank für Ihre Frage. Wir sind in der Aufarbeitung. Wir haben Zuschriften, wir haben Zuschauende, die uns Fragen stellen. Ich glaube, Herr Salomon hat es gerade... Wir richten unseren Blick gerade auf die Pflege. Da ist gerade unser Fokus drauf.

Aktuell Probleme... Also wir sind noch nicht so weit, dass ich das so explizit sagen könnte, glaube ich. Und das möchte ich auch noch nicht. Danke.

Abg. **Jens Peick** (SPD): Alles klar, herzlichen Dank. Dann habe ich eine Frage an Herrn Salomon. Wir haben gerade schon die Frage gehört, wie weit eigentlich die Datenlage ausgereicht hat, um schon im Frühjahr 2020 zu Maßnahmen zu kommen. Da Sie eine abgeschlossene Enquete-Kommission haben, würde mich interessieren: Inwieweit haben Sie sich eigentlich mit der Bedeutung von Prävention beschäftigt? Um zu sagen: Wir wollen natürlich auch Krisen klein halten, bevor sie uns über den Kopf wachsen und deswegen auch frühzeitig Maßnahmen ergreifen. Wurde das bei Ihnen beraten und mit welchen Ergebnissen?

Alexander Salomon (Vorsitzender Enquete-Kommission „Krisenfeste Gesellschaft“, Landtag Baden-Württemberg): Wir haben es durchaus beraten, auch in der allgemeinen Form, dass wir uns erst mal mit dem Thema beschäftigt haben: Wann ist es denn überhaupt eine Krise? Also wenn man in relativ kurzer Zeit in einer unbestimmten Art und Weise auch Entscheidungen treffen muss, als Grundsatz mal über den Daumen gepeilt, war eine Maßgabe – natürlich war es auch so, weil unser Ausschuss heißt „Krisenfeste Gesellschaft“ – , dass wir es nicht hinkriegen, Krisen nach Möglichkeit von vornherein zu verhindern. Das ist der Optimalfall, aber ich glaube, da muss man ehrlich sein, das wird in den wenigsten Fällen tatsächlich, weil sie natürlich auch gerade von außen Krisen zu uns hingetragen werden, sehr schwierig machbar sein. Mit dem Thema Prävention haben wir uns allgemein über den kompletten Bericht – da empfehle ich das zu lesen, bevor ich da jetzt endlos darüber rede – aber an verschiedenen Stellen auch beraten, gerade was staatliches Handeln betrifft, immer mit der Maßgabe, dass uns klar war, dass der Staat alleine – das hatte ich auch erwähnt – ohne das Vertrauen in seine Maßnahmen tatsächlich gerade gesellschaftlich nicht wirken kann. Und da ist eine Datengrundlage, das sind Entscheidungen, die evidenzbasiert sein müssen. Ich glaube, das ist auch etwas, was ich hier mit offenen Türen einrenne, einem Großteil der Enquete-Kommissionen sehr wichtig ist, dass dann auch vor allem eins herrscht und das ist auch eine Maßgabe, die ich gerne noch mal – Frau Piechotta



hat ja auch gesagt: „Was kann der Bund machen?“ – eine gemeinsame Datenbasis, eine gemeinsame Entscheidungsbasis. Nicht jedes Bundesland am besten sollte seine eigenen Expertinnen und Experten haben. Das ist immer gut. Am Anfang war das wahrscheinlich auch nötig, aber dass man sich dann irgendwann doch mal gemeinsam auf Ziele committet, also verständigt, das wäre etwas, was, glaube ich, besonders wichtig wäre, gerade in solchen Situationen.

Abg. **Jens Peick** (SPD): Herr Salomon, dann würde ich gerne noch mal bei Ihnen bleiben. Und zwar haben Sie auch die wirtschaftlichen Hilfsprogramme, die der Bund aufgelegt hat, evaluiert in dem Bericht. Können Sie was dazu sagen?

Alexander Salomon (Vorsitzender Enquete-Kommission „Krisenfeste Gesellschaft“, Landtag Baden-Württemberg): Da treffen Sie natürlich voll ins Mark in Baden-Württemberg. Wir haben da so unsere Besonderheiten. Das kann ich an anderer Stelle mal ausführen. Wir waren relativ schnell mit unserer wirtschaftlichen Hilfe. Das hat zu einer gewissen Besonderheit und auch ein bisschen Tragik geführt bei verschiedenen Unternehmen. Da gibt es auch bald vom Verfassungsgerichtshof eine Entscheidung dazu. Wir haben uns aber nicht detailliert damit beschäftigt. Auch da wäre ich jetzt der falsche Ansprechpartner. Das haben wir in der Enquete-Kommission nicht behandelt. Aber in ganz vielen Ausschüssen haben wir es behandelt. Also, wenn es Sie interessiert, kann ich Ihnen das gerne im Nachgang noch mal im Detail weiterreichen an die gesamte Enquete-Kommission.

Abg. **Jens Peick** (SPD): Dann bleibe ich noch mal. Sie haben den anstrengendsten Job, weil Sie den fertigen Enquete-Bericht haben. Aber natürlich für uns auf Bundesebene noch mal eine ganz wichtige Frage: Wie hat eigentlich das Kurzarbeitergeld gewirkt? Wir haben 42 Milliarden da in die Hand genommen in der Corona-Zeit. Und jetzt gibt es in Baden-Württemberg auch den einen oder anderen großen Autohersteller. Können Sie dazu was sagen?

Alexander Salomon (Vorsitzender Enquete-Kommission „Krisenfeste Gesellschaft“, Landtag Baden-Württemberg): Wir haben es am Rand gestreift, aber sehr positiv. Ich darf euch sagen,

solche Maßnahmen waren absolut notwendig. Wir sind Industriestandort, Maschinenbau ist ja auch etwas, nicht nur die großen Automobilunternehmen. Also von daher für uns war das absolut notwendig. Ich denke auch Bayern – der bayerische Vertreter ist heute nicht da, aber der würde Ähnliches sagen aus meiner Erinnerung, weil wir da auch verschiedene Beziehungen hatten in dem Fall. Also von daher sehr positiv. Und wie gesagt, ich würde auch in diesen Fragen auf den Bund nichts kommen lassen. In anderen Fragen sind wir uns vielleicht nicht immer so einig zwischen Bund und Ländern, aber da sind wir uns doch sehr schnell einig.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank. Dann kommen wir zur Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Frau Dr. Gumnior bekommt das Wort.

Abg. **Dr. Lena Gumnior** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank, Herr Salomon, ich muss bei Ihnen bleiben tatsächlich, weil es natürlich so spannend ist für uns zu sehen. Meine Frage wäre: Welche Themen haben Sie im Zusammenhang mit der Frage gestreift, wie sich die Corona-Maßnahmen auf die Freizeitgestaltung von Kindern und Jugendlichen ausgewirkt haben? Vielleicht war es auch ein Teil der Jugendbeteiligung? Und welche zentralen Erkenntnisse konnten Sie daraus gewinnen?

Alexander Salomon (Vorsitzender Enquete-Kommission „Krisenfeste Gesellschaft“, Landtag Baden-Württemberg): Es war Teil der Kinder- und Jugendbeteiligung. Wir haben auch das nachgefragt: Wie ist die Wahrnehmung gewesen der Corona-Pandemie und der Maßnahmen in dem Bereich? Und wir haben uns schnell auch innerhalb der Kommission festgelegt mit der Einschränkung – ich darf Ihnen sagen –, wir haben ein Themenfeld in der Arbeit der Enquete-Kommission nicht ausgespart, aber nicht intensiver besprochen, das war das Thema Bildung. Das hat seinen Hintergrund darin, dass wir gesagt haben, viele Maßnahmen werden gerade über Baden-Württemberg hinaus besprochen. Deswegen wollten wir es nicht in dem Fall in die Enquete-Kommission reinnehmen, weil es auch viel Zeit, Ressourcen etc. pp. kostet. Trotz allem war es immer Thema. Und vor allem ging es darum, dass die Gruppe der Kinder und Jugendlichen, dass da die Maßnahmen, die einschränkenden Maßnahmen noch mal sehr viel mehr gewirkt haben, in einer



gewissen Potenz gewirkt haben, dass wir auch festgelegt haben, für uns, dass gerade Schulen, Bildungseinrichtungen, öffentliche Plätze, Sie erinnern sich alle daran, dass auch Kinderspielplätze gesperrt worden sind in dieser Zeit, dass das nicht mehr passieren darf. Und wenn so etwas passiert, das sehr evidenzbasiert sein muss in der breiten Entscheidungsebene. Also von daher sind wir eher zu dem Ziel und Schluss gekommen, dass gerade solche Gruppen wie Kinder und Jugendliche massiv betroffen waren von der Corona-Pandemie und Einschränkungen, dass da besondere Verhältnismäßigkeitsprüfung stattfinden muss in Zukunft.

Abg. Dr. Lena Gumnior (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie uns sonst noch irgendwelche Erfahrungswerte mitgeben, was aus Ihrer Sicht für uns besonders zu beachten wäre, wenn wir auch Kinder und Jugendliche in unsere Arbeit beteiligen?

Alexander Salomon (Vorsitzender Enquete-Kommission „Krisenfeste Gesellschaft“, Landtag Baden-Württemberg): Ich finde, Sie sollten sie direkt beteiligen. Ich weiß jetzt nicht, wie das Format ist im Einsetzungsauftrag bei Ihnen. Das ist, glaube ich, soweit ich das gelesen habe, nicht vorhanden. Vielleicht gibt es da noch eine Möglichkeit, das nachzuarbeiten. Aber das wäre tatsächlich etwas, das ich aus meiner Sicht sehr begrüßen würde, wenn man direkt die Kinder und Jugendlichen befragen würde, ihre Erfahrungen jetzt auch im Nachgang. Das ist uns nicht Nachteil gewesen, aber dadurch, dass wir bereits im letzten Jahr geendet haben, sind wir jetzt gerade in diesen Bereichen: Welche Maßnahmen oder welche Auswirkungen hat es im Bildungsbereich auf Abschlüsse, auf Erfahrungswerte, auf das Verhalten, ob man nach der Schulzeit gleich ins Ausland geht und noch mal ein Jahr einhält in einem freiwilligen Jahr? Was da für Auswirkungen sind, das haben wir im Detail nicht begutachtet. Aber da glaube ich schon, dass wir noch mal ein großes Augenmerk drauflegen sollten, weil das etwas ist, was besonders notwendig ist.

Abg. Dr. Lena Gumnior (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. Dann eine Frage, die uns natürlich auch beschäftigt. Die Maßnahmen, die getroffen wurden, insbesondere Maßnahmen, die auch zu Freiheitseinschränkungen geführt haben, mussten oft innerhalb kürzester Zeit getroffen

werden. Haben Sie sich auch mit der Frage beschäftigt, wie es zu einer demokratischen Legitimation von diesen Maßnahmen gekommen ist? Und vielleicht können Sie uns da sonst auch noch mal die zentralen Erkenntnisse mitteilen.

Alexander Salomon (Vorsitzender Enquete-Kommission „Krisenfeste Gesellschaft“, Landtag Baden-Württemberg): Wir waren in Baden-Württemberg die Ersten. Das will ich mir nicht besonders ins Revers heften, aber wir hatten als Erstes die Idee, dass wir auch eine Legitimation der Maßnahmen im Landesparlament brauchen, also dass nicht nur Regierungen entscheiden, Ministerpräsidentenkonferenz mit der Bundeskanzlerin damals und mit dem Bundeskanzler, kennen Sie ja alle noch. Deswegen hatten wir einen extra Ausschuss für die Maßnahmen eingerichtet, wo dann auch mit der Opposition zusammengearbeitet wurde, worüber man eine Rücksprache halten konnte: Wie sind die Maßnahmen umgesetzt worden? Gibt es vielleicht einen oder anderen Aspekt, den man nicht beachtet hat? Da waren wir relativ schnell dran und wir haben das auch immer wieder als Gesetzesmaßnahmen im Landtag direkt besprochen. Von daher gab es da schon eine gewisse Einbindung. In dem Fall würde ich schon sagen, dass das stattgefunden hat, wenn ich die Frage getroffen habe, von Ihnen.

Abg. Dr. Lena Gumnior (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke schön. Dann vielleicht noch eine letzte Frage von mir. Sie haben auch gerade schon zu den zentralen Erkenntnissen gesagt, dass Transparenz von politischen Entscheidungen ein Take-away aus ihrer Arbeit gewesen ist. Können Sie das noch mal genauer konkretisieren? Weil ich glaube, so unter Transparenz von Entscheidungen kann man sich grundsätzlich immer gut versammeln. Die Frage ist, wie sieht es in unserer alltäglichen Arbeit aus? Gab es sowas wie Best Practice oder so, worüber Sie gesprochen haben?

Alexander Salomon (Vorsitzender Enquete-Kommission „Krisenfeste Gesellschaft“, Landtag Baden-Württemberg): Wir haben schon aus der Bürgerbeteiligung mitbekommen, dass es darum geht, eine leichte Sprache zu haben, also heißt integrativ zu arbeiten mit seiner Sprache oder inklusiv sogar, dass wir eine Mehrsprachigkeit brauchen, dass wir Personen brauchen, die Vertrauen haben in bestimmte



Bevölkerungsgruppen und das auch transportieren, was man da als Maßnahmen hat. Und Transparenz war vor allem bei uns eines: nicht die Transparenz der Entscheidung an sich und wer da alles dran beteiligt war, sondern auch die Datengrundlage. Warum man etwas entschieden hat, ist enorm wichtig. Und das durchaus – da muss man Vertrauen haben, auch in die Bevölkerung – nach außen transportieren, gar nicht zurückhalten. Weil wir die Erfahrung dann auch wiederum gemacht haben bei uns in Baden-Württemberg während der Corona-Pandemie, aber auch jetzt im Nachgang in der Enquete-Kommission, dass vieles verstanden wird, vieles auch mitgegangen wird, wenn klar ist, warum man jetzt etwas gemacht hat. Und auch klar transportieren – das gehört auch zur Transparenz dazu –, dass man in Unsicherheit entschieden hat. Also, dass man nicht immer alles weiß, aber das ist die beste Entscheidung aus den derzeitigen Gedanken.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank. Dann kommen wir zur Fraktion Die Linke und Herrn Gürpinar.

Abg. **Ates Gürpinar** (Die Linke): Vielen Dank. Meine Frage richtet sich an Frau Güngör, noch mal zur Einsetzung des Untersuchungsausschusses in Thüringen. Es gibt eine Enquete und einen Untersuchungsausschuss. Es gab aber zwei Anträge zur Einsetzung des Untersuchungsausschusses in Thüringen. Wie kam es dazu? Wie kam es zur Einsetzung insgesamt?

Lena Saniye Güngör (Vorsitzende UA „Corona-Maßnahmen in Thüringen“, Landtag Thüringen): Danke, Herr Gürpinar. Ich glaube, das ist auch medial durchaus debattiert worden. Wie kann es sein, dass es in Thüringen zwei UA-Anträge plus einen Enquete-Antrag gibt? Vielleicht noch mal zur Genese. Am 2. Oktober 2024 wurde ein Antrag von BSW und vier CDU-Abgeordneten eingereicht, Drucksache 8/47, wer das nachschauen möchte. Und dann am 18. Oktober 2024 ein Antrag der AfD in der Drucksache 8/53. Ich hatte vorhin schon benannt, dass unser UA Ende Januar 2025 eingesetzt worden ist, der sich – ich denke, das darf man so formulieren – einfach aus beiden Anträgen zusammengesetzt hat. Es gab das Bestreben der jeweiligen Einreichenden, so in Kommunikation miteinander zu gehen, dass beide ursprünglichen UA-, ich sage mal, Stoßrichtungen auch aufgenommen wurden. Das ist jetzt also das Werk, mit dem wir uns diese Legislatur beschäftigen

werden. Und wenn ich vielleicht noch den Bezug machen darf auch zum vorherigen Thema: Auch da ist die Einbeziehung des Landtags, des Thüringers, ein wesentlicher Anteil. Da der UA als Instrument des Landtags zur Kontrolle der Exekutive gedacht ist, richten sich die Fragen in diesem Kontext vor allem auf den Umgang der Regierung mit dem Parlament in dieser Zeit. Also auch wir in Thüringen hatten einen sogenannten Sonderausschuss Corona, wo verschiedene Abgeordnete, die so wie ich auch im Gesundheitsausschuss in der letzten Legislatur tätig gewesen sind, zusätzliche Sitzungen hatten, die sich dann immer mit den coronaspezifischen Verordnungen, Maßnahmen etc. beschäftigt hat und dann eben sich die Frage vielleicht noch mal anders stellt, nicht nur: „Wie hat sich das Parlament beschäftigt?“, sondern: „Wie sind auch Regierungen darauf eingegangen, womit sich das Parlament beschäftigt hat?“

Abg. **Ates Gürpinar** (Die Linke): Vielen Dank. Die zweite Frage geht so ein bisschen auch auf die vorherige Befragung von Herrn Salomon ein, und zwar Bürgerbeteiligung, Bürgeranfragen, der Umgang damit. Wie haben Sie oder gibt es da von Ihnen schon Lösungen, wie Sie es in Thüringen machen? Weil sicherlich das Interesse der Bürgerinnen und Bürger nicht gering ist. Wie gehen Sie mit den Bürgeranfragen um? Gibt es im Untersuchungsausschuss sowas wie eine Bürgerbeteiligung oder bezieht es sich vor allem auf Bürgerbriefe?

Lena Saniye Güngör (Vorsitzende UA „Corona-Maßnahmen in Thüringen“, Landtag Thüringen): Ich glaube, man muss schon ehrlich sagen, die Bürger/-innenbeteiligung, die ist in der Enquete-Kommission noch mal anders ausgestaltbar. Deswegen sehr gut, dass Sie da dieses Mittel auch zur Verfügung haben. Im Untersuchungsausschuss gibt es natürlich auch die Gelegenheit für Bürgerinnen und Bürger, Anfragen, schriftliche Zusendungen zu machen. In der Regel werden die an mich als Vorsitzende adressiert. Die gebe ich selbstverständlich an alle Mitglieder des Untersuchungsausschusses weiter. Aber – und ich glaube, da muss man auch aufpassen – die wenigsten Bürgerinnen und Bürger sind damit befriedet, dass sie ihre Inhalte abgegeben haben. Ein Großteil hofft auf irgendeine Form von Resonanz, Einordnung, Erklärung. Ich glaube, man



sollte sehr klar machen, auch als Gremium, was leistbar ist und was nicht oder welche Möglichkeiten der Rückkommunikation gibt es dann auch zu Bürgerinnen und Bürgern. Wobei ich natürlich auch für die Kolleginnen und Kollegen in meinem Untersuchungsausschuss geltend machen möchte, dass alle Stellungnahmen sehr ernsthaft gelesen werden und natürlich auch gegebenenfalls in die eigene Bearbeitung weiter mit einfließen.

Abg. **Ates Gürpınar** (Die Linke): Vielen Dank. Noch eine Frage, jetzt wieder ein bisschen rückschließend auf die Arbeit und Unterscheidung von Enquete-Kommissionen, die wir hier auf Bundesebene haben und Untersuchungsausschuss, was Sie in Thüringen jetzt unter anderem auch haben. Wann, unter welchen Umständen halten Sie einen Untersuchungsausschuss auf Bundesebene für sinnvoll? Und wo ist eine Enquete-Kommission das Passendere? Jetzt aus Ihrer Sicht als Untersuchungsausschussvorsitzende in Thüringen, aber wo würden Sie sagen, könnte auf Bundesebene so etwas wie ein Untersuchungsausschuss erfolgen und wo macht das keinen Sinn?

Lena Saniye Güngör (Vorsitzende UA „Corona-Maßnahmen in Thüringen“, Landtag Thüringen): Meiner Einschätzung nach ist eine Enquete-Kommission immer Mittel der Wahl, wenn es darum geht, für zukünftige pandemische und endemische Situationen und Ausgangslagen etwas zu lernen. Alles, was irgendwie zukunftsgerichtet ist, glaube ich – einfach durch die Flexibilität, die das Instrument Enquete-Kommission liefert im Verhältnis zum Instrument UA, ist es hilfreich. Aber der UA ist natürlich das Mittel der Wahl, wenn es um begrenzte Vorgänge in Ministerien und Behörden geht und die Dinge, wo es auch ein öffentliches Interesse zu einer Zeugenvernehmung gibt. Und da freue ich mich auch, dass es jetzt fraktionsübergreifend bei Ihnen im Bundestag Bemühungen gibt, beispielsweise das Thema Missstände bei der Beschaffung von Masken endlich aufzuarbeiten.

Die **Vorsitzende**: Damit sind wir am Ende der zweiten Runde angelangt. Mit Blick auf die Zeit, weil Sie sich alle so wunderbar an die Redezeiten halten, können wir sogar auf fünf Runden kommen. In der dritten Runde haben wir vier Fraktionen, die Fragen stellen dürfen. Und wir würden wieder mit

der Unionsfraktion beginnen. Und Herr Rohwer bekommt das Wort.

Abg. **Lars Rohwer** (CDU/CSU): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Ich wollte den Ausschussvorsitzenden aus Sachsen fragen. Er hat uns deutlich gemacht, wie viel Aktenbestände jetzt zusammengekommen sind. Das wird vermutlich Wirtschaftsministerium, Innenministerium, Kultus, also eigentlich den gesamten Bereich bis hin zu Justiz betreffen. Können wir ein Gefühl bekommen, was prozentual von welchem Haus kommt, damit man ein bisschen erkennen kann, wohin denn Schwerpunkte gehen? Krankenhäuser werden bestimmt anders noch mal bearbeitet worden sein als das Thema Bildung oder eben die Eingriffe in die Wirtschaft.

Andreas Nowak (Vorsitzender UA „Untersuchung der Krisenpolitik der Staatsregierung im Zusammenhang mit SARS-CoV-2 und COVID-19“, Landtag Sachsen): Nach erster Sichtung ist tatsächlich jedes Haus betroffen. Und es sind auch die nachgeordneten Behörden entsprechend mit dabei. Um das mal zu illustrieren: Das Kultusministerium hat das Landesamt für Schule und Bildung, das Finanzministerium das für Steuern und Finanzen und auch die Sächsische Aufbaubank, die die Corona-Beihilfen dann für die Häuser ausgesteuert hat. Da ist dann auch das Wirtschaftsministerium mit dabei. SMI [Sächsisches Staatsministerium des Innern] und Polizei ist ein Thema. Wir kriegen die Akten jetzt gerade erst rein, sodass sich noch nicht komplett abschätzen lässt, ob die paritätisch sind. Ich vermute aber mal nach dem, was ich so sehen konnte, dass es eher in den Bereich Sozialministerium geht, die für die ganze Gesundheitsversorgung, Krankenhausangelegenheiten zuständig sind, dass es dort natürlich mehr werden wird als jetzt vielleicht im Landwirtschafts- und Umweltministerium, um es mal vorsichtig zu formulieren. Und in welchem Umfang das aber prozentual aufgeteilt ist, lässt sich momentan noch gar nicht sagen. Da sind wir noch am Sichten.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank. Herr Müller ist der zweite Fragesteller für die Unionsfraktion.

Abg. **Carsten Müller** (CDU/CSU): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Wir haben jetzt hier alle Sachverständigen aus Flächenländern. Aber nachdem der Kollege Rohwer gerade einen



gewissen Landespatritismus gezeigt hat, zeige ich das auch und habe eine Frage an Herrn Salomon. Ist es denn so, dass Sie Unterschiede gemerkt haben zwischen Stadt und Land beispielsweise? Das würde mich interessieren, weil Sie auch das Thema Sperren von Spielplätzen angesprochen haben. Das hat natürlich eine ganz andere Auswirkung in Berlin-Mitte als in Ravensburg, wo viele Wiesen drumherum sind, sage ich jetzt mal.

Alexander Salomon (Vorsitzender Enquete-Kommission „Krisenfeste Gesellschaft“, Landtag Baden-Württemberg): Da muss ich ja fast die Ravensburger in Schutz nehmen, auch die sind sehr städtisch geprägt in dem Fall. Aber nein, zu Ihrer Frage, Herr Müller. Es ist schon so, dass wir gemerkt haben, dass gerade in den Ballungsräumen – auch in Baden-Württemberg, und die haben wir durchaus auch, wir haben das städtische Gebiet, wir haben die ländlichen Räume –, dass es da schon Unterschiede auch gab, auch gerade bei den vulnerablen Gruppen, dass dann auch die Maßnahmen unterschiedlich gewirkt haben. Es ist schon so, dass sich in den Städten aufgrund der Wohnsituation viele Probleme potenziert haben. Das ist durchaus so, auch aufgrund dessen, dass man einfach nicht ausweichen konnte. Ich darf aus meinem Wahlkreis in Karlsruhe berichten, dass viele dort auch tatsächlich dann ausgewichen sind in Gebiete, die man ansonsten nicht so besuchen sollte, nämlich Naturschutzgebiete. Also man sieht da schon etwas, „nicht besuchen sollte“ aus dem Grunde, weil dort viel kaputt gemacht worden ist in dieser Zeit. Man dürfte durchaus auch dort Besuche abstatten, aber das hat man schon gemerkt, dass gerade das mit dem Thema in Ballungsgebieten, in städtischen Gebieten, diese Enge bei einer Pandemie durchaus noch mal eine andere Herausforderung ist, als in den Gebieten, die eher ländlich geprägt sind, die sich auch ganz anders selber versorgen können, die eine andere Verantwortung auch der Gemeinschaft gegenüber haben, als es in städtischen Gebieten ist. Andersrum muss man natürlich auch sagen, in Städten hatten sie eine bessere gesundheitliche Vorsorge. Das Notfallmanagement ist in den Städten besser umgesetzt worden. Da haben sie in ländlichen Räumen, die weite Räume auch abdecken müssen, viel mehr Probleme auch gehabt. Von daher, es gab positive und negative Aspekte, die man beachten muss. Aber klar, wir haben das schon massiv gemerkt, dass der

ländliche Raum und der städtische Raum in der Pandemie und auch in Krisensituationen durchaus anders behandelt werden muss.

Die **Vorsitzende**: Herr Rohwer.

Abg. **Lars Rohwer** (CDU/CSU): Ich könnte noch mal nachsetzen, weil das auch wahrscheinlich im ländlichen Raum genauso ist wie in der Aufteilung auf den Ministerien. Können Sie uns was sagen, welchen Anteil die Bürgerzuschriften an den Ausschuss haben? Vielleicht Herr Nowak und dann der Kollege aus Baden-Württemberg.

Andreas Nowak (Vorsitzender UA „Untersuchung der Krisenpolitik der Staatsregierung im Zusammenhang mit SARS-CoV-2 und COVID-19“, Landtag Sachsen): Also wir kriegen diverse Bürgerzuschriften. Die sind allerdings in der Regel alles eher so persönliche Einzelfälle. Und das macht es natürlich im Rahmen der Untersuchungsausschussarbeit relativ kompliziert, weil wir da eng an dem Untersuchungsgegenstand sind. Wir verteilen die dann auch als Ausschussdrucksache natürlich. Alle Mitglieder bekommen die. Aber in der Regel bieten wir den Bürgern an, entweder an die Enquete-Kommission oder an den Petitionsausschuss abzugeben. Und bisher haben sich die Bürger damit auch zufrieden gezeigt. Und die bearbeiten das dann in der Regel eben am Einzelfall.

Die **Vorsitzende**: Herr Salomon.

Alexander Salomon (Vorsitzender Enquete-Kommission „Krisenfeste Gesellschaft“, Landtag Baden-Württemberg): Also gerade noch der Hinweis. Wir haben natürlich viele Zuschriften bekommen, eher aus städtischen Gebieten, auch bei uns. Das ist auch vollkommen klar, weil natürlich da auch noch mal eine ganz andere Aufmerksamkeit herrscht für dieses Thema. Aber wir hatten auch aus ländlichen Räumen vor allem Zuschriften von Verbänden in dem Bereich, die dort die Meinungen gebündelt haben. Also von daher sehr mannigfaltig. Das ist nicht alles an die Enquete-Kommission gegangen. Ich hatte Ihnen auch gesagt, wir hatten einen eigenen Ausschuss dazu, was an die Fraktionen noch zusätzlich gegangen ist. Also von daher ein reges Publikum. Und das ist Ihnen auch allen klar, wir hatten unter Corona in Baden-Württemberg auch besondere Gruppen, die sich da eingebracht haben.



Die **Vorsitzende**: Vielen Dank. Dann kommen wir zur AfD-Fraktion und Frau Dr. Baum bekommt das Wort.

Abg. **Dr. Christina Baum** (AfD): Vielen Dank. Ich habe einige Fragen an Herrn Dr. Beucker aus NRW. Herr Dr. Beucker, Sie sind der Vorsitzende der Enquete-Kommission in Nordrhein-Westfalen als Vertreter der AfD. Sie können es noch nicht wissen, hier im Deutschen Bundestag haben wir als stärkste Oppositionsfraktion das Bestimmungsrecht für den stellvertretenden Vorsitzenden der Enquete-Kommission. Auch der zweite Vorschlag von uns, Prof. Homburg, wurde heute abgelehnt. Also anscheinend werden in NRW die demokratischen Gepflogenheiten noch gewahrt. Hier im Bundestag scheint das nicht der Fall zu sein. Aber nun meine Frage an Sie: Wie hat sich das ausgewirkt auf das Arbeitsklima, dass Sie als AfD-Vertreter dort den Vorsitz hatten?

Dr. Hartmut Beucker (Vorsitzender EK „Krisen- und Notfallmanagement“, Landtag NRW): Auf den Vorsitz hat es sich selber nicht ausgewirkt. Auf den Bericht hat es sich insofern ausgewirkt, als dass die Vorschläge, die die AfD-Fraktion gemacht hat, keinen Eingang in den Bericht gefunden haben. Kritisch oder besonders war auch, wie mit einigen unserer Sachverständigen umgegangen wurde. Wir hatten die langjährige CDU-Bundestagsabgeordnete Erika Steinbach benannt, deren Benennung oder deren Genehmigung, Ernennung wurde hinausgezögert. Und als es gar nicht mehr ging, da hat dann einer der Abgeordneten von der SPD bemerkt, man habe leider keine Gründe gefunden, die Gutachterin in rechtlicher Hinsicht abzulehnen. Eine Bemerkung, die für den Untersuchungsgegenstand jedenfalls keine besondere Relevanz hatte. Reale Auswirkungen hatte diese Haltung für den als ständigen Sachverständigen – jede Fraktion hatte die Möglichkeit dazu – bestellten Gutachter Dr. Vosgerau. Wegen der mittlerweile als fehlgeleitet feststehenden Angriffe hatte man die Geschäftsordnung des Landtages geändert und da wurde die Möglichkeit geschaffen, einen solchen Sachverständigen abzurufen, was dann auch sofort gemacht wurde. Als Herr Vosgerau das, was ihm vorgeworfen wurde, gerichtlich widerlegt hatte, stellte sich dann heraus – das heißt, es stand ja schon vorher fest –, dass eine Wiederernennung überhaupt nicht möglich war. Also die

unberechtigte Abberufung wurde auch noch verstetigt. Ohne hier in grundsätzliche demokratiethoretische Überlegungen einzufallen, kann man wohl sagen, dass aus rechtsstaatlichen Überlegungen das Ergebnis nicht unbedingt überzeugt. Sonstige Auswirkungen gab es nicht.

Abg. **Dr. Christina Baum** (AfD): Danke schön. Ich habe noch eine andere sehr wichtige Frage. Wir hören immer wieder rückblickend, man konnte es nicht besser wissen und deshalb hat man diese Maßnahmen ergriffen. Es stimmt definitiv nicht. Ich war zu der Zeit nämlich im Gesundheitsausschuss der AfD-Fraktion in Baden-Württemberg und ich habe zu der Zeit immer wieder einen runden Tisch gefordert mit kritischen Wissenschaftlern, mit kritischen Ärzten, denn die gab es zuhauf. Die wurden einfach nicht gehört. Und deshalb meine Frage an Sie. Wurde bei Ihnen das Thema angesprochen, dass eben Wissenschaftler wie Prof. Bhakdi, Prof. Hockertz oder Prof. Wodarg, dass sie nicht nur nicht gehört wurden, sondern diffamiert wurden und als Verschwörungstheoretiker dargestellt wurden. Wurde dieses Thema debattiert bei Ihnen?

Dr. Hartmut Beucker (Vorsitzender EK „Krisen- und Notfallmanagement“, Landtag NRW): In Bezug auf Corona wurde eine solche Evaluierung oder richtige Beurteilung überhaupt nicht vorgenommen von dem Ausschuss. Da ging es mehr um die Zukunft und da ging es außerdem natürlich auch noch um sonstige Katastrophen, sodass das deutlich in den Hintergrund trat.

Abg. **Dr. Christina Baum** (AfD): Jetzt gebe ich noch mal ab an meinen Kollegen.

Abg. **Pierre Lamely** (AfD): Vielen Dank. Ich würde gerne an den Herrn Pürsün aus Hessen noch eine Frage stellen. Und zwar, Sie haben im Mai 2022 auf die fehlende Evidenz in den Corona-Krise ergriffenen Maßnahmen hingewiesen. Konkret haben Sie gesagt, nach über zwei Jahren Pandemie habe Hessen keine Strategie. Nicht zuletzt, weil kaum Daten zum Pandemiegeschehen erhoben worden seien und die Evidenz der bisherigen Maßnahmen nicht klar sei. Unverständlich sei auch, dass der Minister weiter für eine Impfpflicht werbe. Zitat: „Die Landesregierung weiß kaum etwas über die Ungeimpften. Dabei kommt es nicht auf eine Pflicht, sondern auf Anreize an“. Wie sehen Sie das heute?



Yanki Pürsün (Vorsitzender UA „Aufklärung und Beurteilung der Landespolitik in Bezug auf den Corona-Virus ‚SARS-CoV-2‘ und die durch dieses Virus verursachte Erkrankung ‚COVID-19‘“, Landtag Hessen): Sie zitieren mich als gesundheitspolitischen Sprecher der Fraktion der Freien Demokraten im Hessischen Landtag – sehe ich weiterhin so.

Abg. **Dr. Christina Baum** (AfD): Gut, dann darf ich noch ganz kurz noch mal an den Herrn Dr. Beucker. Und zwar, wie haben Sie das empfunden als Vorsitzender bei Ihrer Arbeit? Gab es eine vernünftige Arbeit, also ohne Brandmauer, wie wir das sonst immer so kennen oder und wurde überhaupt eine gründliche Analyse auf den Weg gebracht? Gab es überhaupt einen wirklichen Aufklärungswillen?

Die **Vorsitzende**: Sie können noch Ja oder Nein sagen.

Dr. Hartmut Beucker (Vorsitzender EK „Krisen- und Notfallmanagement“, Landtag NRW): Ich hatte ja schon dargestellt, welche Auswirkungen es gab.

Die **Vorsitzende**: Sagen Sie mal schnell Ja oder Nein, bitte.

Dr. Hartmut Beucker (Vorsitzender EK „Krisen- und Notfallmanagement“, Landtag NRW): Nein, danke. Danke schön.

Die **Vorsitzende**: Gut, dann kommen wir zur SPD-Fraktion und der Abgeordnete Rinkert bekommt das Wort.

Abg. **Daniel Rinkert** (SPD): Herzlichen Dank, Frau Vorsitzende, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Herr Salomon, Sie sind im Abschlussbericht der Enquete-Kommission Baden-Württemberg auch noch mal auf das Thema antidemokratische Einstellungen eingegangen und denen entgegenzuwirken. Es wird deutlich, dass auch das Landesamt für Verfassungsschutz einen deutlichen Anstieg rechtsextremer Einstellungen während der Corona-Pandemie festgestellt hat. Herr Salomon, welche Handlungsempfehlungen gibt es eben, um diesen antidemokratischen Einstellungen entgegenzuwirken? Das würde mich interessieren. Und die zweite Frage ist, der Abschlussbericht liegt ja vor: Inwiefern gibt es schon konkrete Gesetzgebung eben aufgrund des Abschlussberichts und der Erkenntnisse entweder des Parlamentes

oder ist Ihnen auch vielleicht bekannt, ob die Landesregierung Initiativen im Bundesrat gestartet hat?

Alexander Salomon (Vorsitzender Enquete-Kommission „Krisenfeste Gesellschaft“, Landtag Baden-Württemberg): Vielen Dank für die Frage. Ich hatte bereits angedeutet, dass wir ein besonderes Publikum hatten in Baden-Württemberg, was sich besonders in der Corona-Pandemie hervorgetan hatte. Auch das war ein Thema innerhalb unserer Enquete-Kommission. Und deswegen haben wir uns auch mit dem Thema auseinandergesetzt. Was kann man in dem Fall tun? Wir haben auch eine Stärkung des Landesamts für Verfassungsschutz unter anderem in unserem Abschlussbericht als Handlungsempfehlung beinhaltet. Wir haben das Thema Falschinformationen als besonderes Thema ausgemacht, was natürlich gerade das Thema Spaltung der Gesellschaft wieder befördert, dass man dagegen arbeiten muss. Da geht es vor allem um das Thema Medienkompetenz oder Informationskompetenz, um das etwas dann auch höher zu ziehen. Bei den Staatsanwaltschaften, haben wir gesagt, dass wir Schwerpunktstaatsanwaltschaften bilden müssen, die unterwegs sind. Und gerade dieses Thema, diese ganze Hasskriminalität und dieses ganze Thema, würde ich jetzt mal dort auch verorten. Also daher kann ich Ihnen sagen, es ist schon einiges in den Bereichen, nicht nur auf Gesetzesebene, sondern auch untergesetzlich in dem Fall passiert. Nachlesen können Sie es und deswegen fällt es mir jetzt auch ein bisschen schwierig, weil wir schon einen Zwischenbericht der Landesregierung zu unseren einzelnen Handlungsfeldern vorliegen haben. Wir hatten vier Handlungsfelder, zu jedem Handlungsfeld gibt es mittlerweile einen Zwischenbericht. Aber aufgrund der Kurzfristigkeit der Einladung war es mir auch nicht möglich, das komplett durchzuarbeiten. Wie gesagt, ein paar Akzente habe ich Ihnen jetzt bereits genannt in dem Bereich. Ich glaube, da ist etwas ganz Besonderes, vor allem eins auch, um es abzuschließen, was mir auch noch wichtig ist, was wir auch gefördert haben: Nachbarschaftsnetzwerke. Also gerade in den kleinen Bereichen vor Ort, in den Kommunen, dass man die stärkt. Das ist ein Feld, das haben wir schon seit 2011 in Baden-Württemberg, damals noch unter einer SPD-Sozialministerin initiiert,



und es wurde in den letzten 15 Jahren weiterhin mit dem Thema Quartiersmanagement gefördert. Also von daher ist das etwas sehr Notwendiges und da haben wir sehr positive Erfahrungen gemacht, auch innerhalb der Enquete-Kommission, was dann gerade dieses nachbarschaftliche Engagement in Krisenzeiten betrifft.

Abg. **Daniel Rinkert** (SPD): Vielen Dank, Herr Salomon. Frau Schönbrunn, die Enquete-Kommission beginnt ja bei Ihnen auch oder hat eben begonnen und wir werden uns natürlich auch als Bund noch mal die Frage stellen entsprechend des Infektionsschutzgesetzes – wird das auch bei Ihnen Thema sein? Und wie gehen Sie das Thema an, um dann entsprechend auch konstruktive Vorschläge zu machen, um zukünftig eben auf Krisensituationen resilient reagieren zu können?

Sina Schönbrunn (Vorsitzende Enquete-Kommission „Lehren aus der Coronapandemie zur Analyse und Aufarbeitung staatlicher Maßnahmen sowie zur Stärkung der Krisenresilienz des Landes Brandenburg“, Landtag Brandenburg): Herzlichen Dank für Ihre Frage. Wir sind leider noch nicht so weit, aber natürlich ein ganz großes Thema, was wir dann behandeln müssen und werden. Wir werden daraus Handlungsempfehlungen machen, aber leider sind wir noch nicht so weit. Aber natürlich, Agenda ganz oben. Danke.

Abg. **Dr. Lina Seitzl** (SPD): Ich muss noch mal zurückgehen an Herrn Salomon und ich stelle die Frage an Sie, aus Bundeslandsverbundenheit. Das Thema Grenzschießung hat viele Bundesländer betroffen, aber eben auch gerade Baden-Württemberg mit Blick auf die Schweiz und Frankreich. Haben Sie sich damit befasst und was sind da Ihre Erkenntnisse?

Alexander Salomon (Vorsitzender Enquete-Kommission „Krisenfeste Gesellschaft“, Landtag Baden-Württemberg): Wir haben uns damit befasst, vor allem bei dem Thema medizinische Versorgung der Kliniken grenzüberschreitend. Das war vor allem auch bei meinem Wahlkreis – kann ich jetzt auch erwähnen, weil da habe ich es hautnah mitbekommen –, zusammen mit Straßburg. Also wie verlagert man auch Patientinnen und Patienten dann in benachbarte Krankenhäuser, die vielleicht gerade noch Kapazitäten haben? Da wurde sehr eng zusammengearbeitet, auch gerade im Schweizer Gebiet, wo Sie auch eher verortet waren oder sind,

immer noch, gab es durchaus auch Initiativen. Das ist natürlich auch schon dahingehend berührt, weil schon vorher gute Beziehungen da waren. Aber durchaus mit bürokratischen Hürden, da könnte ich Ihnen auch viel berichten, Herr Bürkle, den ich erwähnt hatte von der Universität Freiburg, dort im medizinischen Bereich tätig, der kann Ihnen das noch viel besser sagen, was da an Hürden am Anfang bestanden hat, wo man tatsächlich vielleicht die ein oder andere Regel nicht so sehr beachtet hat, damit man eher pragmatisch handeln kann. Das war absolut maßgeblich. Also daher würde ich mir da wünschen, dass wir gerade dieses Arbeiten über Grenzen auch noch mal in den Blick nehmen, weil es wirklich notwendig ist, weil die Grenzen tatsächlich in dem Bereich nicht befördernd wirken. Von daher wäre das auch etwas, ich hatte es vorhin gesagt, was Sie durchaus noch mal in den Blick nehmen könnten. So, aber vielleicht noch eine Anmerkung an Herrn Rinkert, weil Sie gesagt haben: „Was wurde umgesetzt?“. Zwei Jahre tagen, zwei Jahre Arbeit haben leider auch den Nebeneffekt, dass eine Landesregierung weiterarbeitet. Sie werden es bei der Bundesregierung auch merken. Also vieles, was wir besprochen haben, wurde auch in der Zwischenzeit bereits umgesetzt. Nur dass es nicht im Abschlussbericht steht.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank. Danke schön. Wir kommen nun zum Abschluss der dritten Runde. Zur Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Frau Dr. Gumnior bekommt noch mal das Wort.

Abg. **Dr. Lena Gumnior** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. Ich starte auch noch mal mit Herrn Salomon. Mich würde noch mal interessieren, ob auch Beschäftigte aus der Pflege in die Untersuchung eingebunden worden sind und ob da auch noch zentrale Erkenntnisse gefunden werden konnten, zum Beispiel, wie man Beschäftigte in der Pflege besser schützen kann oder vielleicht auch in zukünftige Entscheidungsfindung besser einbinden kann.

Alexander Salomon (Vorsitzender Enquete-Kommission „Krisenfeste Gesellschaft“, Landtag Baden-Württemberg): Vielen Dank für die Frage. Wir haben das auch gemacht. Wir hatten aber auch den sehr guten Umstand, dass wir eine sachverständige Person hatten mit Frau Prof. Dr. Elsbernd von der Hochschule Esslingen, die Sachverständige war in der Enquete-Kommission,



die also dieses Themenfeld auch noch mal prominent besetzt hat, auch bundesweit – soweit ich das beurteilen darf aus Baden-Württemberg – gut vernetzt ist in dem Bereich. Also von daher war das Thema, und das werden Sie auch merken am Abschlussbericht, da gibt es vielleicht einen Biased [Voreingenommenheit], aber der ist zu Recht auch da in dem Bereich, dass wir das Thema Pflege besonders betrachtet haben, dann auch mit den verschiedenen Bereichen, wo Pflege notwendig ist. Also von daher waren wir in dem Themenbereich, glaube ich, sehr gut aufgestellt.

Abg. Dr. Lena Gumnior (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank, dann würde ich eine Frage an Herrn Nowak anschließen. Mich würde interessieren – Sie haben jetzt ja auch schon VirologInnen angehört, soweit ich weiß –: Haben Sie da noch mal zentrale neue Erkenntnisse gewinnen können, die Ihnen so vorher nicht bewusst waren? Also kurz gesagt: Hat sich das auch gelohnt für Ihre weitere Arbeit und den Erkenntnisgewinn?

Andreas Nowak (Vorsitzender UA „Untersuchung der Krisenpolitik der Staatsregierung im Zusammenhang mit SARS-CoV-2 und COVID-19“, Landtag Sachsen): Also wie gesagt, eine Beweiswürdigung können wir jetzt noch nicht vornehmen, aber auf jeden Fall wurden in vielen Vorträgen – und das zeigt ja auch die Tatsache, dass zum Beispiel Herr Drosten nicht nur ein oder zwei, sondern jetzt auch dreimal bei uns zu Gast sein wird – noch mal eine sehr tiefere Sicht auf diese ganzen Geschehnisse möglich war. Und auch auf die unterschiedlichen Perspektiven. Das war schon sehr spannend. Und ich glaube, wenn dann die anderen Gewerke sich noch als Sachverständige bei uns einlassen werden, wird man da ein ganz gutes, insgesamt Bild bekommen. Und es ist uns auch da gelungen, in den Fragerunden durchaus mal tiefer einzusteigen, vielleicht auch tiefer, als das hier eben möglich ist aufgrund des Frageregimes, was der Deutsche Bundestag hat. Bei uns ist das so, wir haben 20 Minuten pro Fraktion für Frage-Antwort. Und da kann man so einen Gedanken dann auch mal als Sachverständiger richtig tiefer fassen. Und interessant ist es auch, dass dann bestimmte Sachverständige auf vorherige Sachverständige einsteigen. Also da ist auch offensichtlich ein großes Interesse da und auch eine große Wahrnehmung.

Abg. Dr. Lena Gumnior (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank, da würde ich die Frage einfach gleich noch mal an Herr Pürsün nach Hessen stellen. Ist das auch Ihre Einschätzung davon, von den Virolog/-innen, die Sie bisher gehört haben?

Yanki Pürsün (Vorsitzender UA „Aufklärung und Beurteilung der Landespolitik in Bezug auf den Corona-Virus ‚SARS-CoV-2‘ und die durch dieses Virus verursachte Erkrankung ‚COVID-19‘“, Landtag Hessen): Wir haben noch keine gehört. Wir haben beschieden, aber noch keine Anhörung gemacht.

Abg. Dr. med. Paula Piechotta (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann erlauben Sie mir noch eine Frage. Herr Nowak, Sie haben es gerade angedeutet, wie viel Zeitaufwand das auch für einzelne Kollegen aus der Virologie bedeutet, die jetzt auch in mehreren Landesparlamenten teilweise Rede und Antwort stehen können. Also wir haben so ein bisschen Angst davor, dass die einfach gar nicht mehr zum Arbeiten kommen. Würden Sie vor diesem Hintergrund sagen, dass die auch noch mal auf Bundesebene hier ausgiebig zu Wort kommen sollten?

Andreas Nowak (Vorsitzender UA „Untersuchung der Krisenpolitik der Staatsregierung im Zusammenhang mit SARS-CoV-2 und COVID-19“, Landtag Sachsen): Also ich glaube, die sollten Sie unbedingt einladen. Und in unseren Anhörungen zeigt sich, dass dort auch eine gewisse Routine mittlerweile eingetreten ist. Es wird mehrfach auch darauf hingewiesen, dass man vor anderen Landesparlamenten schon gesprochen hat. Da gibt es also auch ein bisschen Erfahrungen. Insofern sollten Sie das unbedingt mit abschöpfen, weil dort wirklich sehr unterschiedliche Perspektiven interessante Ergebnisse bringen.

Abg. Dr. med. Paula Piechotta (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen herzlichen Dank, Herr Nowak. Meine letzte Frage geht noch mal an Alexander Salomon aus Baden-Württemberg. Das Thema, was wir jetzt heute noch nicht gestreift haben, war das Schicksal hochbetagter Menschen, pflegebedürftiger Menschen, die teilweise auch durch die Einschränkungen alleine sterben mussten. Wie haben Sie diese Gruppe in der Bevölkerung in Form von Bürgerbeteiligung oder



Fokusgruppen in die Arbeit Ihrer Enquete eingebunden?

Alexander Salomon (Vorsitzender Enquete-Kommission „Krisenfeste Gesellschaft“, Landtag Baden-Württemberg): Das Thema Vereinsamung und Isolation war ein großes Thema bei uns, was wir vor allem über die Verbände reinbekommen haben in unserer Arbeit der Enquete-Kommission, natürlich auch über die Sachverständigen, die wir dann als Mitglieder der Enquete-Kommission hatten, aber vor allem über die Verbände, die das Thema prominent bei uns besetzt haben, aufgrund dessen, dass wir auch in Baden-Württemberg das Thema – der Zufall will es manchmal so – auch politisch durchaus in den letzten Jahren im Fokus hatten. Also von daher haben wir das darüber gesetzt, hatten auch schon einige Erfahrungen, die da waren. Und das ist durchaus auch ein Feld – weil ich Herrn Rinkert, der vorhin angesprochen hatte, dass man in zwei Jahren zwar viel auch an Expertinnen und Experten vor Ort hat, aber nicht das Privileg hat, dass die Landesregierung dann einfach mal Stopp drückt, sondern auch arbeitet –, dass viele der Maßnahmen tatsächlich auch dann bereits in Handlungen umgesetzt worden sind. Deswegen findet sich durchaus ein großer Punkt auch in unserem Abschlussbericht. Aber wir würden uns dann auch wünschen, dass dieses Thema, das hatte ich ja auch mal kurz erwähnt, das Thema Isolation, Vereinsamung, dass das auf Bundesebene auch hier in der Enquete-Kommission vielleicht noch mal detaillierter besprochen wird. Aber wir hatten durchaus auch Personen bei uns in der Arbeit, die pflegebedürftig waren, auch im Bürgerforum, die auch dann ihren Blick eingebracht haben.

Die **Vorsitzende**: Super, vielen Dank für die Punktlandung. Dann kommen wir zur Runde vier und das Wort bekommt für die Unionsfraktion Axel Müller.

Abg. **Axel Müller** (CDU/CSU): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Ich hätte eine Frage an Herrn Nowak, weil ich glaube, die Sachsen sind bei der Digitalisierung ein bisschen weiter als die Baden-Württemberger. Mir geht es um den Öffentlichen Gesundheitsdienst. Wir haben sehr schnell festgestellt, dass der Öffentliche Gesundheitsdienst sowohl personell als auch logistisch überfordert war. Stichwort Meldungen per Fax und ähnliche Dinge, zeitlich verzögert. Also wir haben deshalb

auch ein großes Programm aufgelegt zur Stärkung des ÖGD: 800 Millionen für Digitalisierung, drei Milliarden für die personelle Ausstattung. Haben Sie die Erkenntnis gewonnen, dass wir mit dem, was wir da gemacht haben, aus dem, was Sie in dieser Enquete-Kommission an Erkenntnissen gewonnen haben, dass wir da auf dem richtigen Weg sind?

Andreas Nowak (Vorsitzender UA „Untersuchung der Krisenpolitik der Staatsregierung im Zusammenhang mit SARS-CoV-2 und COVID-19“, Landtag Sachsen): Also ich bin ja nicht Mitglied der Enquete-Kommission und in unserem Untersuchungsausschuss war es jetzt noch nicht Gegenstand, aber ich bin Parlamentarier seit 2014 und habe diese Zeit also auch aktiv an der Front – wenn man mal so sagen mag – erlebt. Ich kann Ihnen dazu sagen, dass auch in Sachsen Faxe verschickt wurden, was ein großes Problem gewesen ist, aber was das Problem eben auch mal wirklich auf den Tisch gelegt hat. Und soweit ich das mitbekomme, ist die Staatsregierung da schon hinterher, aus diesen Dingen jetzt auch die richtigen Ableitungen zu ziehen. Wie schnell das geschieht, das werden wir vielleicht im Rahmen der Arbeiten noch sehen. Unser digitaler Ansatz momentan ist halt, dass die eigentlichen Akten der Staatsverwaltung eben sehr stark digitalisiert sind. Und wenn man daraus dann jetzt für die kommenden Ereignisse die richtigen Lehren zieht, dann war die Arbeit auf keinen Fall umsonst. Aber wir haben da ähnliche Schwierigkeiten gehabt, zumal Baden-Württemberg in Sachsen ja auch so ein bisschen der Pate war 1990 ff., als es drum ging, die Landesgesetzgebung und auch die Kommunalgesetzgebung unter dem Grundgesetz nach der Friedlichen Revolution neu zu fassen. Und insofern, ja, vielleicht haben wir auch da späte Parallelen, die wir jetzt beide aufarbeiten.

Die **Vorsitzende**: Prof. Kluge.

SV **Prof. Dr. med. Stefan Kluge**: Vielen Dank. Ich habe eine Frage zum Thema Kommunikation, gerade von Impfungen oder weiteren Maßnahmen. Wir haben gelernt, dass die Impfungen zentrale Bausteine waren, um die Pandemie zu überwinden. Die Kommunikation war aber nicht ganz einfach. So haben wir gesehen, dass teilweise auf den Intensivstationen sehr, sehr viele ungeimpfte Patienten ganz schwer an COVID erkrankten und dort lagen und auch die Kapazitäten begrenzt



haben. Gibt es da Ideen, wie man in Zukunft besser kommunizieren kann? Fremdsprachlichkeit war ein großes Thema, auch Bildungsstatus, wie man diese Gruppe, die prinzipiell an der Impfung ausgeschlossen ist, aber vielleicht nicht informiert ist, erreichen kann? Auch die Medien spielen eine große Rolle, also die Frage: Wie weit nutzt man soziale Medien in der Zukunft? Wir wissen, dass Bevölkerungsanteile oder Gruppen teilweise nur an sozialen Medien aktiv sind – haben Sie sich mit diesen Dingen befasst und gibt Empfehlungen für die Zukunft?

Die **Vorsitzende**: Würden Sie noch sagen, an wen Sie die Frage richten?

SV Prof. Dr. med. Stefan Kluge: Ja, sicherlich an Herrn Salomon, der am Weitesten ist, aber gerne auch an die anderen, falls da Ergänzungen kommen.

Die **Vorsitzende**: Dann möge Herr Salomon beginnen und dann gucken wir mal, wer noch möchte.

Alexander Salomon (Vorsitzender Enquete-Kommission „Krisenfeste Gesellschaft“, Landtag Baden-Württemberg): Er mag beginnen. Danke, Herr Prof. Kluge, für die Frage. Ich hatte bereits erwähnt, die Mehrsprachigkeit war bei uns eine Handlungsempfehlung, die absolut notwendig ist, damit Maßnahmen tatsächlich auch bei den Leuten ankommen. Das Thema leichte Sprache hatte ich erwähnt, aber auf eines will ich noch mal kommen in dem Bereich: Sie brauchen auch Personen, die ein gewisses Vertrauen und Wirkung in diese Gruppen, Bevölkerungsgruppen haben. Das ist absolut notwendig. Mit denen müssen sie sich dann zusammentun und dorthin wirken, dass die Personen dann auch eine glaubwürdige Ansprechperson dann haben, die dann überzeugt, dass solche Maßnahmen tatsächlich wirken, die dann auch Ansprechpersonen sind, falls dann Falschinformationen kommen, andere Informationen kommen, damit sie eine Rückfragemöglichkeit haben. Das ist etwas, was wir auch identifiziert haben. Ich hatte es Ihnen gesagt, das Thema Vertrauen an sich bauen Sie nicht in der Krise auf, sondern müssen das vorher tatkräftig bewerkstelligen. Von daher ist auch bei uns etwas gewesen, dass wir in der Kommunikation vorab Staat gegenüber Bürger, dass wir da auch noch mal massiv das Thema, wie

kommuniziert man, wie offen kommuniziert man, dass man das auch noch mal tatsächlich weiter ausbauen muss. Und ich hatte es auch gesagt, mit der Entscheidungsgrundlage, die da notwendig ist, betrifft Beratungshotlines in dem Fall. Ich hatte das vorher nicht erwähnt, aber was wir auch überlegt haben, sind Einsamkeitsbarometer. Also wie kann ich auch von Seiten der Regierung vielleicht Informationen so zur Verfügung stellen, dass sie für viele abrufbar sind? Also da gibt es einige Maßnahmen. Ich würde Ihnen empfehlen, um jetzt nicht noch weitere Zeit zu verbrauchen, dass Sie dann in unseren Bericht schauen.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank. Möchte noch jemand aus den anderen Landtagen kurz darauf antworten? Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur AfD-Fraktion. Und mir wurde signalisiert, dass Herr Lausen wieder der Fragesteller für die AfD ist.

SV Tom Lausen: Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Ich würde gerne so verfahren wie eben, dass Sie noch einmal so nett sein wollen, die Sachverständigen aufzurufen in der Reihenfolge. Und ich komme auch schon zu meiner Frage. Ihre Länder, also Ihre Bundesländer haben die Impfempfehlung der STIKO einvernehmlich damals übernommen, also Ende 2020. Leider hat die Kassenärztliche Vereinigung Ihres jeweiligen Bundeslandes bis Ende 2022, also nachdem die Impfungen bei den Bürgern bereits durch waren und dann auch bis Ende 2024, keinerlei Daten, die gesetzlich gefordert waren, an das Paul-Ehrlich-Institut gesendet, worauf das Paul-Ehrlich-Institut selbst mitteilte, dass ohne die Daten der Kassenärztlichen Vereinigung unter anderem die Sicherheit der COVID-19-Impfstoffe nicht suffizient beurteilt werden können. So, jetzt kommt die Frage. Seit Ende 2020 verpflichtet § 13 Absatz 5 des Infektionsschutzgesetzes die Kassenärztlichen Vereinigung, Daten für die Pharmakovigilanz an das Paul-Ehrlich-Institut zu liefern. Das PEI [Paul-Ehrlich-Institut] hat selber eingeräumt, dass diese Daten nie übermittelt wurden, also bis Ende 2024 nicht. Ein klarer Gesetzesverstoß in der Arzneimittelsicherheit. Haben Ihre Untersuchungsausschüsse oder Ihre Enquete-Kommissionen zu einer solchen Frage, also wenn man Impflingen eine Impfung anbietet, aber die Sicherheit quasi vom Hauptinstitut der Oberbehörde PEI gar nicht beurteilt werden kann,



zu dieser unterlassenen Datenlieferung jemals Ihre Kassenärztlichen Vereinigung Ihres Bundeslandes geladen oder eingeladen in der Enquete oder beabsichtigen Sie das noch zu tun?

Die **Vorsitzende**: Also, ich assistiere Ihnen dann gerne wieder. Der Erste, den ich frage, wäre Herr Dr. Beucker aus Nordrhein-Westfalen.

Dr. Hartmut Beucker (Vorsitzender EK „Krisen- und Notfallmanagement“, Landtag NRW): Danke schön, Frau Vorsitzende. Das hat in unserer Enquete-Kommission keine Rolle gespielt.

SV Tom Lausen: Danke.

Die **Vorsitzende**: Frau Güngör aus Thüringen.

Lena Saniye Güngör (Vorsitzende UA „Corona-Maßnahmen in Thüringen“, Landtag Thüringen): In der bisherigen Anhörung, die wir hatten, nicht. Wir haben es aber unter dem Stichwort negative Auswirkungen, Gewährleistung der Sicherheit und Wirksamkeit der Impfstoffe noch auf unserem Arbeitsplan als Thema stehen. Ich glaube, dass dabei dann noch mal wichtig sein wird, sich auch die Thüringer Logiken zur Impfreihefolge noch mal vorzunehmen. Man vergisst manchmal im Nachhinein, dass es dann auch solche Debatten gab, um Menschen, die sich vorgedrängt haben, auf den Listen, als noch nicht für alle Menschen Impfstoff zur Verfügung stand.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank. Andreas Nowak aus Sachsen.

Andreas Nowak (Vorsitzender UA „Untersuchung der Krisenpolitik der Staatsregierung im Zusammenhang mit SARS-CoV-2 und COVID-19“, Landtag Sachsen): Ja, wie schon bei der letzten Frage des Herrn Lausen. Wir hatten noch keine Zeugeneinvernahme, insofern konnten wir dazu noch nichts vernehmen. Aber es gibt bei uns im Untersuchungsgegenstand die Fragen 27 bis 40, die sich mit dem Thema Impfen beschäftigen werden und wann und wie das allerdings geschieht, das wäre Teil der weiteren Planung und würde jetzt eine nichtöffentliche Sitzung erfordern, dass ich dazu was sagen kann.

Die **Vorsitzende**: Klingt spannend. Vielen Dank. Dann Herr Pürsün aus Hessen.

Yanki Pürsün (Vorsitzender UA „Aufklärung und Beurteilung der Landespolitik in Bezug auf den Corona-Virus ‚SARS-CoV-2‘ und die durch dieses

Virus verursachte Erkrankung ‚COVID-19‘“, Landtag Hessen): Da die Anhörungen noch nicht stattgefunden haben, kann das noch nicht beantwortet werden.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank. Herr Salomon.

Alexander Salomon (Vorsitzender Enquete-Kommission „Krisenfeste Gesellschaft“, Landtag Baden-Württemberg): Ich kann Ihnen sagen, weil wir eine Enquete-Kommission hatten, hatten wir uns nicht so sehr mit dem Rückblickenden beschäftigt, sondern wir wurden gut beraten durch unsere Universitätsklinika, die wir im Land haben, besonders Heidelberg und Freiburg. Also von daher war jetzt kein explizites Thema, aber die Beratung war meines Erachtens sehr ordentlich.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank. Und Frau Schönbrunn.

Sina Schönbrunn (Vorsitzende Enquete-Kommission „Lehren aus der Coronapandemie zur Analyse und Aufarbeitung staatlicher Maßnahmen sowie zur Stärkung der Krisenresilienz des Landes Brandenburg“, Landtag Brandenburg): Ja, Herzlichen Dank, Frau Vorsitzende. Wir haben dieses Thema Impfen schon angesprochen. Auf Wunsch der Kommissionsmitglieder werden wir uns noch mal explizit in einer Enquete-Sitzung damit beschäftigen. Und somit kann ich dazu auch noch nichts sagen.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank. Herr Lausen, dann übergebe ich an Sie.

SV Tom Lausen: Dann frage ich alle noch einmal zusammen, vielleicht kriegen wir das noch zusammen, ob dann noch darüber beraten wurde, ob Bußgelder in ihren Untersuchungsausschüssen für die Kassenärztlichen Vereinigung gemäß Infektionsschutzgesetz festgesetzt wurden in ihren Ländern oder nicht, ob darüber mit Sachverständigen schon gesprochen wurde oder mit den Gesundheitsämtern oder den Landesgesundheitsämtern, die dafür zuständig sind.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank. Herr Beucker. Herr Beucker, Sie müssten sich, glaube ich, entstimmen, sonst können wir nichts hören. Okay, dann überspringe ich ihn mal mit Blick auf die Zeit. Jetzt hat er es geschafft. Gut.



Dr. Hartmut Beucker (Vorsitzender EK „Krisen- und Notfallmanagement“, Landtag NRW): Dazu gibt es nichts zu sagen aus Nordrhein-Westfalen.

Die **Vorsitzende**: Okay, danke. Frau Güngör.

Lena Saniye Güngör (Vorsitzende UA „Corona-Maßnahmen in Thüringen“, Landtag Thüringen): Kann ich auch keine Aussage treffen, war bisher noch nicht Thema.

Die **Vorsitzende**: Herr Nowak.

Andreas Nowak (Vorsitzender UA „Untersuchung der Krisenpolitik der Staatsregierung im Zusammenhang mit SARS-CoV-2 und COVID-19“, Landtag Sachsen): Gleiche Aussage auch von uns.

Die **Vorsitzende**: Und Herr Pürsün.

Yanki Pürsün (Vorsitzender UA „Aufklärung und Beurteilung der Landespolitik in Bezug auf den Corona-Virus ‚SARS-CoV-2‘ und die durch dieses Virus verursachte Erkrankung ‚COVID-19‘“, Landtag Hessen): Ebenso.

Die **Vorsitzende**: Herr Salomon.

Alexander Salomon (Vorsitzender Enquete-Kommission „Krisenfeste Gesellschaft“, Landtag Baden-Württemberg): Wir sind kein Untersuchungsausschuss, sondern eine Enquete-Kommission gewesen, von daher keine weitere Auskunft.

Die **Vorsitzende**: Und Frau Schönbrunn.

Sina Schönbrunn (Vorsitzende Enquete-Kommission „Lehren aus der Coronapandemie zur Analyse und Aufarbeitung staatlicher Maßnahmen sowie zur Stärkung der Krisenresilienz des Landes Brandenburg“, Landtag Brandenburg): Ich schließe mich Herrn Salomon an, danke.

Die **Vorsitzende**: Da haben wir das innerhalb von 30 Sekunden gekriegt.

SV Tom Lausen: Top.

Die **Vorsitzende**: Ich gehe davon aus... Gut. Damit kommen wir zur SPD-Fraktion. Und Frau Dr. Seitzl bekommt das Wort.

Abg. Dr. Lina Seitzl (SPD): Vielen Dank, Frau Hoppermann. Ich habe noch mal eine Frage an Frau Schönbrunn zum Thema Öffentlichkeitsbeteiligung. Sie merken, es interessiert mich sehr, weil es uns natürlich jetzt

auch in der beginnenden Arbeit der Enquete-Kommission sehr beschäftigt. Sie haben gesagt, Sie haben eine Unterseite auf der Homepage des Landtags und Sie haben dort auch die Möglichkeit, dass Bürgerinnen und Bürger dort Eingaben machen, und Sie nehmen die auf die Tagesordnung der Enquete-Kommission. Was heißt das genau? Wie sieht das aus? Und inwiefern fließt es dann auch später in den Abschlussbericht?

Sina Schönbrunn (Vorsitzende Enquete-Kommission „Lehren aus der Coronapandemie zur Analyse und Aufarbeitung staatlicher Maßnahmen sowie zur Stärkung der Krisenresilienz des Landes Brandenburg“, Landtag Brandenburg): Herzlichen Dank für die Frage. Die Eingaben werden dann meistens persönlich an mich gerichtet, so wie in den anderen Enquete-Kommissionen oder Untersuchungsausschüssen wahrscheinlich auch. Die Eingaben werden aufgearbeitet, datenschutzkonform natürlich. So viel Zeit muss dann sein. Genau, wir besprechen diese dann in der Enquete-Kommission. Und je nachdem, zu welchen Erkenntnissen wir kommen, werden die Eingaben dann auch an die Bürgerinnen und Bürger natürlich gespiegelt, ganz klar. Es ist eine öffentliche Sitzung, es steht auch im Protokoll drin. Und inwieweit es dann nachher im Abschlussbericht... Also das machen wir deswegen, um vorausschauend zu schauen, um jeden mitzunehmen, jeden Bürger. Ich denke, das sollte dann unbedingt in den Abschlussbericht mit reinkommen. Also natürlich, ansonsten brauchen wir es nicht besprechen. Alles gut. Also ich denke schon. Genau. Danke.

Abg. Dr. Lina Seitzl (SPD): Herr Nowak hatte geschildert, dass es im Sächsischen Landtag beim Untersuchungsausschuss vor allen Dingen auch sehr viele persönliche Berichte und Erzählungen sind. Wie ist denn da Ihre Erfahrung in Brandenburg? An Frau Schönbrunn.

Sina Schönbrunn (Vorsitzende Enquete-Kommission „Lehren aus der Coronapandemie zur Analyse und Aufarbeitung staatlicher Maßnahmen sowie zur Stärkung der Krisenresilienz des Landes Brandenburg“, Landtag Brandenburg): Nein, eher noch nicht. Also persönliche Sachen in dem Sinne nicht. Es sind halt alles so Meinungen zu bestimmten Untersuchungsausschussberichten und so weiter. Also persönliche, dass ich jetzt sagen kann, wir hatten Anfragen bezüglich „wie



ging es mir in der ...“, das hatten wir noch nicht. Danke.

Abg. **Dr. Lina Seitzl** (SPD): Wie gehen Sie um mit Menschen und Positionen, die die ganze Arbeit, die Grundlage der ganzen Arbeit in Frage stellen, weil sie in Frage stellen, dass Corona passiert ist und auch eine Pandemie war?

Sina Schönbrunn (Vorsitzende Enquete-Kommission „Lehren aus der Coronapandemie zur Analyse und Aufarbeitung staatlicher Maßnahmen sowie zur Stärkung der Krisenresilienz des Landes Brandenburg“, Landtag Brandenburg): Auch das besprechen wir. Wir alle, wir sind demokratisch in unserer Enquete aufgestellt. Und das finde ich auch sehr gut, dass wir alle einen konstruktiven Umgang miteinander haben. Und das möchte ich noch mal betonen. Wir in Brandenburg sind da wirklich gut miteinander. Und wir besprechen das ganz klar. Demokratischer Auftrag.

Abg. **Dr. Lina Seitzl** (SPD): Vielen Dank. Keine weiteren Fragen.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank. Dann kommen wir zu BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Und... Doch, in Runde vier habt ihr auch noch. Frau Dr. Piechotta.

Abg. **Dr. med. Paula Piechotta** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen herzlichen Dank, Frau Vorsitzende. Wir würden tatsächlich noch mal den Kollegen, weil der jetzt noch nicht so viel drankam aus Hessen, Herrn Pürsün, fragen. Wie ist das – wir hatten vorhin schon den Kollegen aus Baden-Württemberg gefragt nach den Punkten, die tatsächlich nur auf Bundesebene bei Corona aufgearbeitet werden können – jetzt aus Ihrer Sicht beim Zwischenstand? Was sind aus Ihrer Sicht Themen, die nur auf Bundesebene suffizient aufgearbeitet werden können?

Yanki Pürsün (Vorsitzender UA „Aufklärung und Beurteilung der Landespolitik in Bezug auf den Corona-Virus ‚SARS-CoV-2‘ und die durch dieses Virus verursachte Erkrankung ‚COVID-19‘“, Landtag Hessen): Wir haben noch keinen Zwischenstand, weil noch keine Anhörungen stattgefunden haben. Wir warten auf das Urteil des Staatsgerichtshofs am 22. Oktober 2025. Aber natürlich stehen da im Fokus die Bundesbehörden, auf die die Landtage keinen Zugriff haben durch Untersuchungsausschüsse oder Enquete-Kommissionen. Auch als Landtagsabgeordnete

hatte man da in der Pandemie keinen Zugang. Das wird besonders wichtig sein. Und dann die Frage, welches Gremium zukünftig sich da abstimmen sollte, weil auch die Ministerpräsidentenkonferenz nicht den Landtagen zur Verfügung steht, das zu untersuchen. Das wären zwei Beispiele.

Abg. **Dr. med. Paula Piechotta** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen herzlichen Dank. Dann geht die Frage noch mal an Herrn Nowak aus dem Landtag Sachsen.

Andreas Nowak (Vorsitzender UA „Untersuchung der Krisenpolitik der Staatsregierung im Zusammenhang mit SARS-CoV-2 und COVID-19“, Landtag Sachsen): Ja, das kann ich so ergänzen. Wir haben verschiedentlich die Situation, dass wir tatsächlich auch Fragen in den Fragerunden haben, die sich eigentlich auf Bundesbehörden beziehen, RKI etc., die dann von unserem Untersuchungsgegenstand nicht mehr gedeckt sind. Man muss sich da eng entlang bewegen. Und insofern wäre da der Punkt „Wie hat der Bund agiert? Welche Maßnahmen wurden gemacht? Wo kann man was besser machen?“ definitiv hier gut aufgehoben.

Abg. **Dr. med. Paula Piechotta** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen herzlichen Dank. Auch Frau Güngör aus Thüringen würde ich diese Frage noch mal stellen.

Lena Saniye Güngör (Vorsitzende UA „Corona-Maßnahmen in Thüringen“, Landtag Thüringen): Ja, danke. Wir haben das Thema Lehren, insbesondere bei der Frage von wissenschaftlichen Beiräten, die sowohl auf Landes- als auch auf Bundesebene unterstützt haben. Wir haben es in der Enquete-Kommission, nicht bei mir im Untersuchungsausschuss, auch noch mal explizit mit Blick auf das Infektionsschutzgesetz und die Frage, inwiefern die Erfahrungen, die auf Länderebene gemacht wurden bei Umsetzung und Vollzug von Bundesgesetzen, auch auf Bundesebene rezipiert und gegebenenfalls handlungsleitend auch angepasst werden. Ich würde ansonsten noch den Hinweis geben wollen, dass das Thema Impfstoffbesorgung, Impfstoffzuweisung und natürlich das ganze Thema Masken und sonstige Schutzausrüstungen sicherlich eins ist, bei dem die Länder immer wieder den Bundesbezug haben werden.



Abg. **Dr. med. Paula Piechotta** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen herzlichen Dank, Frau Güngör. Dann geht meine Frage noch mal nach Brandenburg. Wir hatten jetzt auch gehört, dass wir bei der Bürgerbeteiligung hier anstreben, auch Regionalforen zu machen – Nord, West, Ost und Süd. Aus so einer brandenburger Perspektive: Was wäre aus Ihrer Sicht ein wichtiger inhaltlicher Punkt, der insbesondere in Ostdeutschland im Kontext Corona wichtig ist aus Ihrer Sicht, auf Bundesebene aufzuarbeiten?

Sina Schönbrunn (Vorsitzende Enquete-Kommission „Lehren aus der Coronapandemie zur Analyse und Aufarbeitung staatlicher Maßnahmen sowie zur Stärkung der Krisenresilienz des Landes Brandenburg“, Landtag Brandenburg): Herzlichen Dank für die Frage. Ich glaube, alle Themen sind wichtig. Ich mag das immer gar nicht so hören, ländlicher Raum. Auch wir waren gut bestückt und wir waren gut versorgt in der Corona-Pandemie. Ich würde mich meinen Vorrednern, glaube ich, anschließen. Explizit, was jetzt, ich glaube, kann sich jetzt aus dieser Enquete-Kommission noch nicht herauskristallisieren. Danke.

Abg. **Dr. med. Paula Piechotta** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen herzlichen Dank. Meine letzte Frage geht natürlich wieder an den Kollegen Salomon in Baden-Württemberg. Kollege Müller hat hier vorhin schon die Stadt-Land-Unterschiede angesprochen. Das eine ist die Frage von Spielplätzen. Das andere ist die Frage der Durchsetzung von Corona-Beschränkungen. Also Ausgangssperren wurden in vielen Bundesländern im städtischen Raum sehr viel intensiver geprüft als im ländlichen Raum. Können Sie vor dem Hintergrund vielleicht mit Ihrer abgeschlossenen Enquete noch mal berichten, ob es bei diesem Themenbereich Gespräche gab oder auch Empfehlungen für die Zukunft? Vielen Dank.

Alexander Salomon (Vorsitzender Enquete-Kommission „Krisenfeste Gesellschaft“, Landtag Baden-Württemberg): Ich glaube, es ist jetzt schwierig, aus der Enquete-Arbeit zu berichten, weil wir so tief in die einzelnen Maßnahmen gar nicht reingegangen sind. Deswegen gebe ich mich da auf unsicheres Terrain. Aber ich glaube schon, dass wir aus der Arbeit heraus noch mal festgestellt haben, dass man die Maßnahmen nur auf dem Vertrauen – das hatte ich auch erwähnt, ich betone das auch noch ein drittes Mal –

aufbauen kann und dass natürlich die schärfsten Maßnahmen in die Welt hinausgehen können; ohne das Vertrauen und ohne, dass die Menschen sich daran halten werden, sie wenig Umsetzungsmöglichkeiten oder wenig Maßnahmen haben können, die da auch wirklich umgesetzt werden. Und es war schon so, dass wir gesehen haben, dass Maßnahmen zu abstrakt waren, um es mal so umzuformulieren. Die waren nicht abgestuft – später ja schon, nach Maßgabe, Infektionszahl etc. pp., aber nicht abgestuft, ländlicher Raum, städtischer Raum, wie man damit umgehen soll. Und das hat tatsächlich ein bisschen zu Unverständnis geführt, auch bei uns hier, auch in den Befragungen, die wir jetzt vollzogen haben. Von daher wäre das etwas, was Sie auch mitnehmen können. Also mehr Differenzierung der Verallgemeinerung, die durchaus wünschenswert wäre. Das ist aber tatsächlich die Quadratur des Kreises, vielleicht kriegen Sie die hin.

Die **Vorsitzende**: Vielen herzlichen Dank. Damit haben wir die Runde vier beendet und kommen, weil wir gut miteinander sind, noch zur Runde fünf. Und für die Unionsfraktionen bekommt der Abgeordnete Grasse das Wort.

Abg. **Adrian Grasse** (CDU/CSU): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Und vielen Dank an die Anzuhörenden – nicht Anzuhörenden, sondern an diejenigen, die hier heute aus den Landtagen berichten. Und meine Frage knüpft an die von Frau Dr. Seitzl an, die hier auch gerade die Öffentlichkeit in den Mittelpunkt gestellt hat. Welche Erfahrungen haben Sie denn in den Landtagen mit dem Interesse der Öffentlichkeit? Können Sie sagen, wie sich das nach Einsetzung der Kommission in den Landtagen aufgebaut hat, wann es nachgelassen hat? Und vor allem, welches die Themen waren in Ihrer Arbeit, die am meisten Beachtung erfahren haben? Die Frage richtet sich einmal an Herrn Salomon, aber auch an Herrn Nowak und, wenn es die Zeit erlaubt, auch noch an die anderen. Vielen Dank.

Alexander Salomon (Vorsitzender Enquete-Kommission „Krisenfeste Gesellschaft“, Landtag Baden-Württemberg): Vielen Dank, Herr Grasse, für die Frage. Wir haben das Phänomen gehabt, was man immer hat, auch in vielen Ausschüssen: am Anfang ein großes Interesse, am Ende ein großes Interesse, dazwischen nicht die gähnende Leere, so würde ich das nicht formulieren, aber tatsächlich



ein gewisses nachlassendes Interesse, vor allem im öffentlichen Raum, was vor allem die Medien betrifft. Da hätten wir uns natürlich mehr gewünscht, aber so ist es nun einmal. Dem entgegen hatten wir aber ein sehr hohes, durchgängiges Interesse von den Verbänden. Und das nicht nur, was man vermuten kann, aufgrund dessen, dass da vielleicht auch Mittel am Schluss des Tages winken in einem Abschlussbericht, sondern tatsächlich auch inhaltlich ein sehr hohes Interesse bei den Verbänden, dass man das Thema bei ihnen aufarbeitet, ihre Expertise einbringt, ihre jeweiligen Punkte einbringt. Das hatten wir auch von anderen Teilen der Bevölkerung, die sich explizit eingebracht haben. Aber tatsächlich, das muss man eingestehen, das will ich Ihnen nicht vorenthalten, war es schon so, dass wir zwischen der Arbeit, da, wo es tatsächlich um das Inhaltliche ging in den Sitzungen, jetzt nicht den Zuspruch hatten, den man sich vielleicht zum Grundthema gewünscht hätte. Trotz allem, ich werde immer noch darauf angesprochen, jetzt auch nach eineinhalb Jahren, nachdem der Bericht bei uns beschlossen worden ist. Und man sieht auch jetzt dadurch, dass die Landesregierung den ersten Bericht im Landtag eingebracht hat, dass da noch mal das Thema aufkommt, da bin ich mir relativ sicher.

Andreas Nowak (Vorsitzender UA „Untersuchung der Krisenpolitik der Staatsregierung im Zusammenhang mit SARS-CoV-2 und COVID-19“, Landtag Sachsen): Bei uns ist ein hohes öffentliches Interesse. Wir sind noch am Anfang unserer Arbeit und insofern hat auch das Medieninteresse noch nicht nachgelassen. Da gibt es regelmäßig mehr als eine Handvoll Kolleginnen und Kollegen, die auf der Tribüne sitzen. Wir haben auch durchaus ein stabiles Besucherinteresse. Und das ist so, dass wir eben im Plenarsaal tagen und nicht in dem eigentlichen Sitzungssaal, der bei uns für Untersuchungsausschüsse üblicherweise verwendet wird, einfach um dort mehr Kapazität zu schaffen. Und was Zuschriften beziehungsweise Anmerkungen angeht, die sind in der Regel dann eben immer von einer persönlichen Situation ausgehend. Da gibt es ganz wenig, was man unter so allgemeinen Hinweisen fassen kann. Es gab eine Zuschrift, die hat uns mal erklärt, wie wir die Untersuchung führen sollen. Das war ganz interessant, das haben wir dann natürlich auch

entsprechend als Ausschussdrucksache versehen, haben aber geantwortet, dass der Ausschuss in seiner Gestaltung da natürlich entsprechend an die gesetzlichen Grundlagen gebunden, aber ansonsten frei ist. Aber bisher sind die öffentlichen Sitzungen sehr gut besucht.

Die **Vorsitzende**: Möchte noch jemand anderes von den Landtagsvertretern auf diese Frage antworten?

Yanki Pürsün (Vorsitzender UA „Aufklärung und Beurteilung der Landespolitik in Bezug auf den Corona-Virus ‚SARS-CoV-2‘ und die durch dieses Virus verursachte Erkrankung ‚COVID-19‘“, Landtag Hessen): Ich könnte noch kurz.

Die **Vorsitzende**: Ja, gerne, Herr Pürsün.

Yanki Pürsün (Vorsitzender UA „Aufklärung und Beurteilung der Landespolitik in Bezug auf den Corona-Virus ‚SARS-CoV-2‘ und die durch dieses Virus verursachte Erkrankung ‚COVID-19‘“, Landtag Hessen): Also, wir haben noch keine öffentlichen Anhörungen gehabt. Das Interesse der Bevölkerung ist groß. Aber die einzige Bühne dafür ist ja nicht nur im Untersuchungsausschuss. Das heißt, auch der öffentlich-rechtliche Rundfunk bearbeitet das Corona-Thema mit großem Interesse der Öffentlichkeit, aber auch verschiedene Organisationen. Zum Beispiel lädt die Evangelische Kirche Landtagsabgeordnete in ihre Einrichtungen ein, um die Diskussion zu führen. Da wir unsere inhaltliche Arbeit noch nicht begonnen haben, ist die Zahl der Zuschriften auch relativ gering. Während der Pandemie war ich aber Mitglied des Petitionsausschusses und da sind natürlich ganz viele Petitionen auch zur Corona-Pandemie eingegangen.

Die **Vorsitzende**: Noch jemand von den Ländervetretern, der darauf antworten könnte, möchte?

Lena Saniye Güngör (Vorsitzende UA „Corona-Maßnahmen in Thüringen“, Landtag Thüringen): Ich kann auch noch kurz ergänzen, dass wir uns bis jetzt auch über eine mediale Berichterstattung zu jeder Sitzung und zu einem gewissen medialen Interesse freuen. Bei unserer ersten öffentlichen Anhörung war der Saal auch mit Bürgerinnen und Bürgern belegt, wobei das sicherlich für einige Besucher/-innen ungewohnt war, jetzt einfach vom Setting her nicht kommentieren zu dürfen und mit einer gewissen Contenance im Sitzungssaal dabei



zu sein. Ich glaube, die Räume, bei denen dann vielleicht auch ein Bürgerinnenaustausch stattfinden kann, sind dann definitiv andere.

Die **Vorsitzende**: Noch jemand? Frau Wittmann, eine kurze Nachfrage?

Abg. **Mechthilde Wittmann** (CDU/CSU): In aller Kürze an Herrn Salomon. Nachdem Sie schon Ihre Erkenntnisse beisammenhaben. Es gab damals Maßnahmen zu Sport etc. im Freien. Können Sie sich vorstellen, dass man dieses abstrahiert und zwischen den Ländern auch miteinander harmonisiert?

Die **Vorsitzende**: Ja, da reicht es noch eine kurze Ja-oder-Nein-Frage. Ja-oder-Nein-Antwort, Entschuldigung.

Alexander Salomon (Vorsitzender Enquete-Kommission „Krisenfeste Gesellschaft“, Landtag Baden-Württemberg): Das kann ich mir sehr gut vorstellen. Auch generell an die Kompetenzen zwischen Bund und Ländern dran.

Die **Vorsitzende**: Super, merci. Dann kommen wir zur AfD-Fraktion. Herr Ziegler bekommt das Wort.

Abg. **Kay-Uwe Ziegler** (AfD): Vielen Dank. Die Medien haben gerade eine Rolle gespielt. Deswegen meine Frage. Ich fange mal mit Herrn Nowak an. Wir hatten eine massive Spaltung innerhalb der Gesellschaft. Die Medien haben da meiner und unserer Meinung nach eine sehr unrühmliche Rolle gespielt. Spielt das in Ihrem Untersuchungsausschuss eine Rolle? Wird das debattiert? Kommt das noch? Oder wie muss man sich das vorstellen?

Andreas Nowak (Vorsitzender UA „Untersuchung der Krisenpolitik der Staatsregierung im Zusammenhang mit SARS-CoV-2 und COVID-19“, Landtag Sachsen): Also das reine Thema Medien ist vom Untersuchungsausschussgegenstand nicht erfasst. Das hat die Einsetzungsminderheit dort nicht reingeschrieben. Demzufolge ist nicht davon auszugehen, dass wir in dem Bereich umfangreiche Untersuchungen anstellen werden.

Abg. **Kay-Uwe Ziegler** (AfD): Dann würde ich die gleiche Frage noch mal an Herrn Beucker stellen, bitte. Wie sehen Sie die Rolle der Medien? Hat das in Ihrer Enquete-Kommission eine Rolle gespielt? Wurde das besprochen oder wie war das?

Dr. Hartmut Beucker (Vorsitzender EK „Krisen- und Notfallmanagement“, Landtag NRW): Die Rolle der Medien wurde nicht thematisiert. [...] Das wurde wohl den Zeitungen und den klassischen Medien nicht zugeschrieben. Insofern blieb das unbefragt.

Abg. **Kay-Uwe Ziegler** (AfD): Dann würde ich bitten, dass die Frau Schönbrunn noch mal eventuell beantwortet, ob das bei Ihnen eine Rolle gespielt hat oder spielen wird.

Sina Schönbrunn (Vorsitzende Enquete-Kommission „Lehren aus der Coronapandemie zur Analyse und Aufarbeitung staatlicher Maßnahmen sowie zur Stärkung der Krisenresilienz des Landes Brandenburg“, Landtag Brandenburg): Ist in der Enquete-Kommission so nicht vorgesehen.

Abg. **Kay-Uwe Ziegler** (AfD): Gut, dann frage ich noch einmal den Herrn Pürsün. Ich hoffe, ich spreche das richtig aus. Hat das in Hessen eine Rolle gespielt?

Yanki Pürsün (Vorsitzender UA „Aufklärung und Beurteilung der Landespolitik in Bezug auf den Corona-Virus ‚SARS-CoV-2‘ und die durch dieses Virus verursachte Erkrankung ‚COVID-19‘“, Landtag Hessen): Nein, noch nicht. Und Stand heute würde ich sagen, glaube ich auch nicht.

Abg. **Kay-Uwe Ziegler** (AfD): Gut, vielen Dank. Dann sagte eben jemand, es ginge um Fake News. Das hätte wohl eine Rolle gespielt. Wie ist das denn gewesen mit den Fake News, die direkt von der Regierung verbreitet worden sind? Als Beispiel möchte ich Ihnen gerne mitgeben – an das werden sich alle erinnern –, und zwar gab es einen wunderschönen Post vom Bundesgesundheitsministerium, und zwar am 14. März 2020: „!!Achtung, Fake News!!“ – große Überschrift – „Es wird behauptet und rasch verbreitet, dass das Bundesministerium für Gesundheit/die Bundesregierung würde bald massive weitere Einschränkungen des öffentlichen Lebens ankündigen. Das stimmt nicht! Bitte helfen Sie mit, Ihre Verbreitung zu stoppen.“ Das wurde am 14. März 2020 über alle Kanäle verbreitet. Und am nächsten Tag wurde der Lockdown beschlossen und verkündet. Hat das bei Ihnen in irgendeiner Form eine Rolle gespielt? Wir haben noch viele andere Themen. Wir könnten über Masken sprechen, wie die Kommunikation da war, über Impfungen, dass eigentlich nur eine reicht und



plötzlich braucht man fünf. Haben Sie darüber, über die Kommunikation der Regierung selber gesprochen, eventuell? Herr Nowak, bitte.

Andreas Nowak (Vorsitzender UA „Untersuchung der Krisenpolitik der Staatsregierung im Zusammenhang mit SARS-CoV-2 und COVID-19“, Landtag Sachsen): Sorry, da das in die Sphäre der Bundesregierung fällt, können wir darüber gar nicht sprechen, weil wir das Handeln der sächsischen Staatsregierung zu untersuchen haben. Dort gibt es allerdings im Untersuchungsgegenstand einige Fragen, die sich mit der Kommunikation der Staatsregierung beschäftigen werden. Inwiefern die bearbeitet werden, müssen wir noch abwarten. Bisher waren sie kein Thema.

Abg. **Kay-Uwe Ziegler** (AfD): Dann frage ich bei Ihnen gleich noch mal nach. Ja, es hat Sachsen betroffen, aber die Aussagen des Bundesgesundheitsministeriums haben am Ende auch Sachsen betroffen. Also Sie haben unter einer Kommunikation der Bundesregierung gelitten. Wird das bei Ihnen eine Rolle spielen?

Andreas Nowak (Vorsitzender UA „Untersuchung der Krisenpolitik der Staatsregierung im Zusammenhang mit SARS-CoV-2 und COVID-19“, Landtag Sachsen): Also noch mal: Ein Landesuntersuchungsausschuss ist an den Gegenstand seiner Untersuchung gebunden. Das steht im Untersuchungsausschussgesetz entsprechend. Und danach müssen wir uns mit dem Handeln der sächsischen Staatsregierung beschäftigen. Wir haben gar nicht die Möglichkeit, uns mit dem Handeln der Bundesregierung zu beschäftigen. Das muss ein Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages tun.

Abg. **Kay-Uwe Ziegler** (AfD): Dann übergebe ich an den Herrn Prof. Homburg, bitte.

SV Prof. Dr. Stefan Homburg: Dann eine Nachfrage. Der sächsische Ministerpräsident hatte damals gesagt, es sei widerlich und böse, zu behaupten, dass eine Impfpflicht drohe. Und das werde nur in sozialen Medien gespielt, obwohl es ja im Grunde viel länger schon geplant war. Ist das Gegenstand Ihres Ausschusses?

Andreas Nowak (Vorsitzender UA „Untersuchung der Krisenpolitik der Staatsregierung im

Zusammenhang mit SARS-CoV-2 und COVID-19“, Landtag Sachsen): Da der sächsische Ministerpräsident bisher noch nicht als Zeuge vor meinem Ausschuss gesessen hat, weil es noch gar keine Zeugenvernehmungen gab, war es bisher auch noch kein Thema.

SV Prof. Dr. Stefan Homburg: Okay.

Abg. **Kay-Uwe Ziegler** (AfD): Gut, dann würde ich es den Rest der Zeit noch versuchen. Haben Sie – und zwar noch mal nach Sachsen, weil Sie direkt hier sitzen, deswegen Entschuldigung – am Anfang Ihrer Arbeit den Status quo festgestellt, der in Sachsen zum Zeitpunkt Februar, März, April 2020 existent war? Sprich, was war wirklich in den Krankenhäusern los, was war wirklich auf den Intensivstationen los, um die Maßnahmen, die daraus resultierten, bewerten zu können, wurde darüber bis jetzt gesprochen?

Andreas Nowak (Vorsitzender UA „Untersuchung der Krisenpolitik der Staatsregierung im Zusammenhang mit SARS-CoV-2 und COVID-19“, Landtag Sachsen): Auch da hat es noch keine Zeugenvernehmungen gegeben, weil es noch gar keine Zeugenvernehmungen gegeben hat. Wie gesagt, wir haben uns bisher mit Sachverständigeneinvernahmen beschäftigt, und die haben überwiegend mit Virologen stattgefunden. Wir werden jetzt in den Datenbereich eintreten, aber an der Stelle gab es bisher noch keine Zeugenvernehmungen.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank für diese Punktlandung. Und für die letzte Fragerunde gebe ich an die SPD-Fraktion und Frau Seitzl das Wort.

Abg. **Dr. Lina Seitzl** (SPD): Vielen Dank. Meine Frage richtet sich an keinen bestimmten Vertreter der Landtage, weil sie eigentlich alle anspricht. Mich interessiert, ob es eigentlich unter Ihnen einen Austausch gibt. Gleichen Sie Themen ab? Gleichen Sie Inhalte miteinander ab?

Andreas Nowak (Vorsitzender UA „Untersuchung der Krisenpolitik der Staatsregierung im Zusammenhang mit SARS-CoV-2 und COVID-19“, Landtag Sachsen): Also wir zwischen den Landtagen bisher nicht, jedenfalls nicht im Rahmen des Untersuchungsausschusses, dem ich vorstehe. Es gab bei uns auch noch jetzt keinen Austausch mit der Enquete-Kommission, aber ich höre bei verschiedenen Kollegen, dass das überlegt wird



und zu passender Gelegenheit vielleicht auch mal passieren wird.

Abg. **Dr. Lina Seitzl** (SPD): Der Austausch mit der Enquete-Kommission in Sachsen?

Andreas Nowak (Vorsitzender UA „Untersuchung der Krisenpolitik der Staatsregierung im Zusammenhang mit SARS-CoV-2 und COVID-19“, Landtag Sachsen): Ja, innerbetrieblich sozusagen.

Abg. **Dr. Lina Seitzl** (SPD): Und dann meine zweite Frage, die richtet sich insbesondere an die Vertreterinnen und Vertreter von Gremien, die jetzt gerade erst eingesetzt wurden. Also Baden-Württemberg ist abgeschlossen. Sie haben ein paar inhaltliche Wünsche an dieses Gremium, in dem wir hier sitzen, geäußert. Gibt es auch vielleicht prozessuale Wünsche, die Sie an uns haben, um da vielleicht auch voneinander zu profitieren?

Andreas Nowak (Vorsitzender UA „Untersuchung der Krisenpolitik der Staatsregierung im Zusammenhang mit SARS-CoV-2 und COVID-19“, Landtag Sachsen): Also spontan fällt mir keiner ein, weil wir, wie gesagt, sehr eng an unseren Untersuchungsgegenstand und das sächsische Untersuchungsausschussrecht gebunden sind. Die Enquete ist da sehr frei. Wir werden das natürlich intensiv verfolgen und wenn sich aus Ihrer Arbeit was für unsere Arbeit ergibt, wird das dort sicherlich einfließen, muss halt vom Untersuchungsgegenstand gedeckt sein.

Lena Saniye Güngör (Vorsitzende UA „Corona-Maßnahmen in Thüringen“, Landtag Thüringen): Falls ich dort noch antworten darf?

Die **Vorsitzende**: Sehr gern.

Lena Saniye Güngör (Vorsitzende UA „Corona-Maßnahmen in Thüringen“, Landtag Thüringen): Wir haben in Thüringen schon darauf geachtet, auch Beweisanträge zu bescheiden, bei denen die Protokolle von anderen Landtagen mit hinzugezogen werden, also insbesondere im Bereich der Virologie. Vorhin wurde, glaube ich, schon einmal von einer gewissen Routine gesprochen. Ich halte es für sinnig, dass man nicht in jedem Untersuchungsausschuss/in jeder Enquete-Kommission formal wieder bei null startet. Ich weiß nicht, inwiefern es denkbar ist, dass auch bei Ihnen auf Bundesebene prozessual darauf geachtet wird, die Erzeugnisse, die in den Landtagen schon existieren – seien es

Abschlussberichte, Zwischenberichte oder auch Protokolle zu bestimmten Einzelsachverhalten – auch die Abgeordneten vor Ort nutzen können. Damit könnte gegebenenfalls sichergestellt werden, dass das, was in den Landtagen schon diskutiert und erarbeitet wurde, auch für den Bundestag sinnvoll genutzt werden kann. Danke.

Die **Vorsitzende**: Wenn es keine weiteren Rückmeldungen gibt... Doch.

Yanki Pürsün (Vorsitzender UA „Aufklärung und Beurteilung der Landespolitik in Bezug auf den Corona-Virus ‚SARS-CoV-2‘ und die durch dieses Virus verursachte Erkrankung ‚COVID-19‘“, Landtag Hessen): Kann ich noch kurz was sagen?

Die **Vorsitzende**: Ja, sehr gern.

Yanki Pürsün (Vorsitzender UA „Aufklärung und Beurteilung der Landespolitik in Bezug auf den Corona-Virus ‚SARS-CoV-2‘ und die durch dieses Virus verursachte Erkrankung ‚COVID-19‘“, Landtag Hessen): Wir würden uns freuen, wenn im weiteren Prozess der Austausch zwischen Bundestag und den Landtagen weitergeführt werden würde. Bislang gibt es noch keinen Austausch zwischen den Untersuchungsausschüssen der Länder. Aber ich als Ausschussvorsitzender habe auch eine wissenschaftliche Assistenz, die natürlich auch genau schaut, was in anderen Bundesländern so passiert, sodass wir das auch für unsere Arbeit dann nutzen und verwerten können.

Abg. **Dr. Lina Seitzl** (SPD): Vielen Dank. Auch für die Anregung.

Alexander Salomon (Vorsitzender Enquete-Kommission „Krisenfeste Gesellschaft“, Landtag Baden-Württemberg): Darf ich vielleicht einen kleinen Hinweis auch von meiner Seite aus noch geben? Ich war zwar nicht so explizit aufgerufen, aber ich will noch mal darauf hinweisen, dass es auch in Rheinland-Pfalz zum Thema Ahrtal eine Enquete-Kommission gab mit Zukunftsstrategien zur Katastrophenvorsorge. Da gab es zumindest auf Vorsitzenden-Ebene einen engen Austausch. Es trifft Ihre Arbeit nur in Teilen, das ist mir sehr bewusst. Aber tatsächlich würde ich die Forderung, die Herr Pürsün etwas vorsichtig formuliert hat, noch mal etwas intensivieren: Binden Sie bitte die Landtage und die Vertreterinnen und Vertreter, ob sie jetzt



Untersuchungsausschüsse oder Enquete-Kommissionen haben, doch aktiv in Ihre Arbeit ein. Das ist alles schwierig, das ist mir vollkommen klar. Aber ich glaube, es könnte sich durchaus lohnen, weil wir noch mal eine andere Perspektive auf verschiedene Sachverhalte haben.

Abg. **Dr. Lina Seitzl** (SPD): Vielen Dank und die restlichen 40 Sekunden schenke ich allen.

Die **Vorsitzende**: Vielen herzlichen Dank. Damit sind wir am Ende unserer gemeinsamen Diskussion und der Erörterung angekommen. Ich darf mich ganz, ganz herzlich bei Ihnen allen, die Sie aus den Landtagen vor Ort und online dabei waren, bedanken, Herr Dr. Beucker, Frau Güngör, Herr Nowak, Herr Pürsün, Herr Salomon und Frau Schönbrunn – ganz herzlichen Dank für Ihre Zeit. Die Erkenntnisse werden bei uns einfließen. Hier ist Klopfen zu hören. Damit sind wir am Ende für heute angekommen. Ich darf nun die Zuschauerinnen und Zuschauer auf der Tribüne verabschieden und das Sekretariat bitten, die Übertragung für das Parlamentsfernsehen zu beenden. Damit darf ich die Sitzung beenden und schließen und wünsche Ihnen allen eine erfolgreiche Woche. Vielen herzlichen Dank.

Schluss der Sitzung: 16:46 Uhr

gez.

Franziska Hoppermann, MdB

Vorsitzende